

## XI. Unter der Okkupation 1

Der Krieg ging zu Ende. Von allen Seiten rückten die Feinde heran und näherten sich Berlin. Hitler ermahnte das Volk auszuhalten, da neue unfehlbare Waffen im Anzug seien, aber nichts kam zurzeit, und er selbst saß in Berlin im Bunker und wartete ab, bis ihm schließlich nichts übrig blieb, als sich das Leben zu nehmen. Vorher verheiratete er sich aber mit Eva Braun und nahm sie mit ins Jenseits. Zuvor hatte sich schon Goebbels mit seiner Familie das Leben genommen. Die übrigen suchten sich irgendwo zu verbergen, wurden aber dann, mit Ausnahme von Bormann, über dessen Verbleib oder Hinscheiden Dunkel herrscht, alle gefangengenommen. Himmler nahm sich, nachdem er gefangengenommen war, das Leben, die übrigen kamen alle vor das Nürnberger Gericht.

In Gransee erschien am 26. April 1915 eine SS-Armee. Die Quartiermacher, ein Oberstleutnant und zwei Hauptleute, erschienen erst bei mir und fragten, wie viele Zimmer ich frei hätte. Auf meine Antwort, dass alle Zimmer mit Flüchtlingen belegt wären, meinte der Oberstleutnant, dann würde ich wohl eine halbe Kompanie Soldaten bekommen. Darauf sagte ich, lieber wären mir dann schon einige Offiziere. Hierauf trat Stille in den Verhandlungen ein. Der Oberstleutnant sah sich die Bilder an der Wand an und fragte, indem er auf das Bild von Herrn von Twardowski zeigte, wer das sei. Ich nannte ihm den Namen, und er fragte, wo der betreffende Gesandte wäre. Als ich sagte, augenblicklich sei er in der Türkei, fragte der Oberstleutnant: „Ist er dort etwa Nachfolger von Nadolny?“ Ich sagte ihm darauf, wenn er den Botschafter Nadolny meine, so sei ich das selbst. Darauf freudiges Erstaunen des Oberstleutnants. „So? Nun, das freut mich aber sehr, dass ich Sie kennen lerne. Sie sind doch unser großer Landsmann. Mein Name ist Brand, ich bin aus Allenstein, und ich habe eine große Verehrung für Sie.“ Von Einquartierung war nicht mehr die Rede. „Den Kommandierenden General, der übrigens Steiner heißt und Königsberger ist, den quartiere ich im Arbeitslager ein, Sie brauchen sich nicht stören zu lassen.“ Damit verabschiedete er sich.

Am nächsten Tage erschienen die Truppen. Sie besetzten den Wald, legten dort Telefonleitungen und Unterstände an und richteten überhaupt alles zur Verteidigung ein. Ich sah mir das an, dachte aber, das wäre alles überflüssig, denn wenn sie Gransee verteidigen wollten, werde die ganze Stadt zerstört werden. Ich begab mich daher zu dem Kommandierenden General ins Arbeitslager. Er war ein netter Mann und fragte mich nach der Lage. Als ich ihm darauf sagte, ich hätte keine Ahnung, aber er müsse sie doch kennen, gab er mir die Auskunft, dass die Russen bereits in Zehdenick, d.h. etwa 13 km von Gransee, ständen und dass er beabsichtige, Gransee als letzte Etappe zu verteidigen und dann nach Westen über die Elbe zu gehen und sich den Engländern zu ergeben. Er forderte mich dabei auf, mit ihm zu kommen und für ihn mit den Engländern die Verhandlungen zu führen. Als ich mich weigerte, erzählte er mir, Himmler und Keitel befänden sich in der Nähe, in Neuglobsow, und fragte mich, ob Himmler einen Frieden mit den Feinden schließen könnte. Ich antwortete ihm darauf: „Nein. Er kann meines Erachtens nur zweierlei machen. Entweder er schießt sich tot, oder er stellt sich dem Gegner, um sich zu verantworten.“ Darauf lud ich den General und seinen Stabschef, einen Oberstleutnant Rudweg, einen Schwiegersohn von General Blomberg, zu mir zum Abendessen ein, was sie auch annahmen.

Am Abend also kamen die beiden zu mir, und wir redeten bis etwa halb zwei Uhr, wobei sie mir in der Hauptsache zusetzten, sie nach dem Westen zu begleiten. Sie wollten mir dabei Autos stellen, um meine Frau und die notwendigsten Sachen mitzunehmen, mich auch mit Schwimmautos über die Elbe setzen. Ich weigerte mich aber, von Gransee fortzugehen. Schließlich gingen sie ohne Ergebnis wieder in ihr Quartier. Am nächsten Tag schickte mir der General noch einmal seinen Stabschef und den Erbgroßherzog von Mecklenburg, seinen Adjutanten, um mich zu fragen, ob ich käme. Aber ich weigerte mich.

Am Nachmittag hatte ich mir die Sache anders überlegt. Ich ging zum General hin und fragte ihn, warum er denn ausgerechnet Gransee verteidigen müsse. Wenn er auf mich Rücksicht nehmen wollte, so könnte er doch ein Stück weiter nach Westen gehen und Gransee freilassen. Darauf sagte er nach einiger Überlegung: „Gut, ich werde mit dem Operationschef sprechen.“ Nach etwa einer halben Stunde kam er zurück und sagte: „Wir haben also beschlossen, Gransee freizugeben, und marschieren weiter nach Westen bis zur Neuruppiner Seenkette. Dort werden wir uns verteidigen. Wir bauen heute Nacht ab.“ So geschah es auch. Am Abend waren die meisten Formationen bereits abgerückt. Nur der General mit seinem Stabe und ein Bataillon waren noch da. Der Bürgermeister erschien abends bei mir und fragte an, was er machen solle. Ich sagte, wenn er wünsche, dass ich helfe, so würde ich das gern tun, aber nicht ohne seinen ausgesprochenen Wunsch. Darauf bat er mich, der Stadt zu helfen, und ich sagte ihm, er solle die Sperrungen öffnen, schrieb einen russischen Brief an den Kommandanten der russischen Vorausabteilung, worin ich als der frühere deutsche

Botschafter in Moskau ihn bat, die Stadt zu schonen und mir die Ehre seines Besuchs zu erweisen. Am nächsten Tage früh wollte ich zur Stadt gehen. Aber als ich in den Wald kam, wurde auf mich geschossen. So kehrte ich um und wartete. Gegen halb acht erschien der Bürgermeister mit dem russischen Kommandanten. Der war durchaus liebenswürdig, wir tranken einen Kognak auf die deutsch-russische Freundschaft, und er sagte, der Stadt würde nichts geschehen. Er selbst mußte weiter, denn er sei Vortrupp, aber es würde sofort ein Stadtkommandant ernannt werden, und der würde sich bei mir melden. Kurz darauf erschien dann auch ein Oberstleutnant und meldete sich als Stadtkommandant. Er sagte, alle Waffen müssten abgegeben werden, aber ich als früherer Botschafter in Moskau brauchte keine abzugeben. Darauf fuhr er wieder nach der Stadt zurück. Ich gab ihm noch einen Brief an den Kommandierenden General mit, um diesem mitzuteilen, dass ich ihm zur Verfügung stände.

Am Nachmittag, gerade als wir beim Kaffee saßen, erschien plötzlich ein Auto vor der Tür. Ein Major entstieg ihm und forderte mich auf, mit ihm zu kommen, der Kommandierende General wolle mich sprechen. Auf meine Frage sagte er, in etwa einer Stunde würde ich wieder zurück sein. Ich zog mir also nur einen Mantel über und stieg in sein Auto. Er fuhr mich zunächst an einen Ort, wo mich ein Offizier nach meinen Personalien fragte, und dann ging es weiter bis zu einem Dörfchen, etwa 40 km weit fort. Dort stieg der Major aus, ging in ein Haus und ließ mich warten. Indes kam ein anderer Offizier und fragte mich, wer ich sei. Als ich ihn fragte, was ihn das angehe, ging er ein Stück weg, blieb aber an einem Zaun stehen. Ich stieg aus dem Auto, um mir die Beine etwas zu vertreten, aber da kam er und sagte mir, ich dürfe nicht aussteigen. Darauf wurde ich grob und schickte ihn weg. Er ging auch, blieb aber wieder am Zaun stehen. Nach einer Weile kam der Major aus dem Hause, sagte, ich müßte hier bleiben, und fuhr fort. Ein Oberst kam aus dem Hause, sagte, er habe nur einige Fragen an mich zu richten, und überwies mich einem Oberstleutnant. Da aber merkte ich, dass ich nicht zum Kommandierenden General, sondern zur GPU geraten war. Der Oberstleutnant sagte, er wolle ein freundschaftliches Gespräch mit mir führen, und fragte mich über meine Karriere und besonders über meine Tätigkeit in Russland aus. Da das ziemlich lange dauerte, ließ er mir auch Abendbrot geben, und zwar Brot und Butter, ein Ei, Schinken und ein Glas Tee. Es wurde immer später, und ich fragte schließlich, wann er mich denn nach Hause schicken wolle. Darauf sagte er, ich müßte die Nacht über dort bleiben. Ich weigerte mich und sagte, dann ginge ich zu Fuß nach Hause. Darauf meinte er, das ginge nicht, es sei Kriegszustand und die Straßen seien gesperrt. Ich würde erschossen werden. Dann führte er mich in ein anderes Haus, da waren in einem Zimmer zwei Betten, in einem lag ein Soldat und schnarchte. Aus dem Nebenzimmer waren Frauenstimmen zu hören. Das leere Bett sollte ich benutzen. Ich war wütend. Als der Oberstleutnant sich verabschiedete und mir die Hand reichen wollte, verweigerte ich ihm den Händedruck und kehrte ihm den Rücken zu. Er ging darauf von dannen. Ich aber legte mich in Kleidern auf das leere Bett und wachte natürlich die ganze Nacht.

Etwa um 6 Uhr stand ich auf und ging hinaus. Alles schlief, kein Posten war ausgestellt, und ich hätte frei fortgehen können. Ich ging aber auf und ab, und gegen 10 Uhr, als sich noch niemand meldete, klopfte ich bei dem Oberstleutnant an. Auf sein „herein“ trat ich ein. Er stand vor dem Spiegel in Schlorren und kämmte sich. Als ich fragte, wann er mich denn nun endlich nach Hause schicken möchte, sagte er: „Wir haben heute Nacht Kriegsrat gehalten. Sie sind hier nicht Botschafter, sondern Bürger eines Staates, der sich mit Russland im Kriege befindet. Ihre diplomatischen Immunitäten gelten hier nicht. Wir halten Sie bis auf weiteres fest.“ Darauf piff er. Es erschien ein Soldat, und er befahl ihm: „Führ den Bürger Nadolny ab.“ Darauf forderte mich der Soldat auf, mit ihm zu gehen, und führte mich außerhalb des Dorfes in ein kleines Haus. Dort saß ein anderer Soldat und spielte auf einem Schifferklavier. Der Soldat gab mir einen Stuhl und sagte dem anderen Soldaten, er möchte mich bewachen. Darauf ging er weg. Ich suchte mich zunächst meiner kompromittierenden Dokumente zu entledigen. Zu diesem Zweck fragte ich den Soldaten, wo denn die Toilette sei. „Bitte, dort auf dem Hof.“ Er zeigte mir die Toilette, und ich ging dorthin, zerriss alle meine kompromittierenden Dokumente und warf sie in die Toilette. Dann unterhielt ich mich mit dem Soldaten und sagte ihm, ich sei hungrig. Darauf ging er fort und bestellte wohl Frühstück für mich. Kurz, es kam ein anderer Soldat und brachte mir eine Schüssel mit Konservenfleisch und ein Stück Brot. Ich aß also, und kurz darauf kam ein Offizier und holte mich wieder ab zum Oberstleutnant. Der sagte: „So, jetzt wollen wir eine Vernehmung veranstalten, aber nicht eine freundschaftliche Unterhaltung, sondern eine verantwortliche Vernehmung.“ Ich sagte darauf: „Bitte sehr“, und setzte mich auf einen Stuhl. Er hatte jetzt auch einen Schreiber, der alles, was ich aussagte, zu Papier brachte. Die Fragen waren ungefähr dieselben wie am Tage vorher.

Plötzlich fuhren mehrere Jeeps vor, und ich wurde genötigt, in einem Platz zu nehmen. An jede Seite setzte sich ein Offizier, und es ging los. Augenscheinlich wurde die Front verlegt. Wir fuhren ungefähr

eine Stunde bis nach dem Dorf Herzberg. Dort wurde ich im schlechtesten Bauernhaus einquartiert, und zwei Soldaten wurden als meine Wächter bestellt. Sie heizten ein und säuberten das Zimmer, in dem wir drei uns aufhielten. Ich ging allerdings meistens auf dem Hof spazieren. Einer von den beiden Soldaten hatte nachts zu wachen, der andere durfte schlafen. Wir schliefen aber alle drei. Das Dorf war vollkommen verlassen, auch alles Vieh war weg, man sah es allerdings in den Feldern umhergehen und fressen. Der Oberstleutnant vernahm mich weiter, und allmählich wurde mir die Sache zu bunt. Ich fragte ihn also, ob sie in Russland ihre Botschafter derartig behandelten. Ich sei über 10 Jahre Botschafter gewesen und könne daher verlangen, dass ich als solcher behandelt werde. Ein Botschafter habe in Russland bekanntlich den Rang eines Feldmarschalls. Darauf wurde denn in meiner Behandlung eine Änderung herbeigeführt. Ich bekam mein Essen aus dem Offizierskasino, auch schickte man mir täglich den Barbier zum Rasieren, lieferte mir die „Prawda“ und eine Kiste Zigarren. Hin und wieder kam auch ein Offizier, um sich mit mir zu unterhalten. Nach zwei Tagen ging es weiter nach Kyritz. Dort wurde mir eine Villa in der Bahnhofstraße zugewiesen. Ich verwies die beiden Soldaten, die mich bewachten, in das Nebenzimmer, so dass ich allein im Zimmer war, und machte es mir dort gemütlich. Hinter dem Hause war ein Garten, in dem ich spazieren gehen konnte. So ging es noch weitere acht Tage. Eines Tages kam ein Hauptmann und fragte mich, ob ich baden wollte, sie hätten eine Badestube eingerichtet. Auf meine zustimmende Antwort wurde ich von einem Soldaten mit Gewehr und aufgefplantem Bajonett durch die Stadt zu einem Keller geführt. Dort war ein Herd gemauert und eine Pritsche aufgestellt. Ich zog mich aus und wurde vom Bademeister mit Erbsenstroh abgerieben, danach wurden mir einige Eimer lauwarmes Wasser über den Kopf gegossen. Hierauf kam der Hauptmann und prüfte, ob ich sauber sei. Da er augenscheinlich zufrieden war, durfte ich mich anziehen und wurde wieder in mein Quartier geführt.

Am 8. Mai in der Nacht gab es ein großes Geschiesse, auch flogen Flugzeuge über der Stadt. Wie mir die Soldaten sagten, war der Kriegszustand zu Ende. Ich traf am Vormittag beim Spaziergang den Oberst und sagte: „Nun, Herr Oberst, jetzt können Sie mich nicht mehr festhalten, der Kriegszustand ist zu Ende.“ „Sie haben recht“, sagte der Oberst, „aber ich habe noch eine Weisung von Moskau abzuwarten.“ Zwei Tage darauf erschien morgens ein Hauptmann und sagte mir: „Draußen steht ein Auto. Sie können nach Hause fahren.“ Ich beeilte mich, mußte aber noch einen Schein unterschreiben, dass ich mich nur mit Genehmigung des Obersten von Gransee entfernen dürfe. Darauf konnte ich abfahren.

Kaum war ich zu Hause eingetroffen, da erschien ein russischer Offizier und fragte, wo Gransee liege. Ich sagte: „Da um die Ecke.“ Darauf forderte er mich auf, mit ihm zu kommen und es ihm genauer zu zeigen. Ich ging also bis zum Tor mit, da stand vor dem Tor ein Lastauto. Er forderte mich auf einzusteigen, der Kommandant wolle mich sprechen. Ich weigerte mich und sagte, wenn der Kommandant mich sprechen wolle, so würde er mir ein Personenauto schicken, aber mich nicht mit einem Lastauto fahren lassen. Darauf ließ der Offizier zwei Soldaten mit Maschinenpistolen aussteigen und sich an meine Seite stellen. Er forderte mich noch einmal auf einzusteigen. Als ich mich weigerte, fluchte er, stieg in das Auto und fuhr ab. Die beiden Soldaten ließ er an meiner Seite stehen. Nach einer Weile kam er mit einem Personenauto zurück und nötigte mich einzusteigen. Ich stieg also ein und fuhr zur Stadt. Dort wurde ich in ein Haus gebracht, und es erschien ein dicker Oberstleutnant, der mich entsetzlich beschimpfte, was für ein feiner Herr ich sei, dass ich nicht auf einem Lastwagen fahren wollte. Er werde mich auf einem Lastwagen nach Templin schaffen und dort in einen Keller sperren. Ich antwortete darauf: „Bitte sehr, ich bin ja in Ihrer Gewalt!“ Darauf schimpfte er weiter und ließ mich untersuchen. Mir wurde alles abgenommen, Brieftasche, Ringe, Portemonnaie, Messer, kurz, alles, was ich bei mir hatte. Dann wurde ich in ein Zimmer gesperrt, zusammen mit einem Soldaten, der mich bewachen sollte. Ich unterhielt mich mit dem Soldaten, der sehr friedlich und nett war. Nach etwa zwei Stunden wurde ich wieder herausgeholt und vor den Oberstleutnant geführt. Der sagte zu mir: „Na, ich höre, Sie sind schon zahmer geworden?“ Ich antwortete darauf: „Warum schicken Sie mir einen so dummen Leutnant, der mich nach dem Weg nach Gransee fragt. Lassen Sie mir doch sagen, Sie möchten mich sprechen, ich werde jederzeit gern kommen!“ Er hatte sich inzwischen wohl über mich informiert, denn er war wesentlich milder. Ich wurde wieder in das andere Zimmer geführt und blieb etwa eine weitere Stunde dort. Dann wurde ich wieder vorgeführt, und der Oberstleutnant sagte, er werde mich nicht nach Templin schaffen, ließ mir meine Sachen zurückgeben, war sehr höflich zu mir und entließ mich.

Während ich bei den Russen in Kyritz war, hatte sich ein Leutnant in meinem Hause in Katharinenhof eingefunden, der nach meinen Waffen verlangte. Er bedrohte meine Frau mit dem Revolver und wollte ihr auch die Uhr fortnehmen. Aber sie sagte, die Uhr ginge nicht, und da gab er sie ihr zurück. Alle meine Jagdwaffen, auch die Munition und meine Sporen aber nahm er mit sich. Nach meiner Rückkehr entschuldigte sich der Kommandant bei mir deswegen. Er sagte, er hätte nichts davon

gewußt, sonst wäre das nicht passiert; ich würde meine Waffen zurückbekommen. Aber ich wartete vergebens darauf, mußte sogar schließlich noch meine Revolver, die ich eingeschlossen hatte, abgeben. Im Ganzen aber war der Kommandant ziemlich verständig. Nur mußten die Frauen zweimal täglich die Straße fegen, auch meinte er, es müßte ein Bazar errichtet werden, wo die Bauern ihre Lebensmittel zum Verkauf brächten.

Der Stadt ist beim Einmarsch nichts passiert. Nur ein Bauer in der Nähe ist erschossen worden. Sein Hund griff den Offizier an, der auf den Hof kam, und als der Hund infolgedessen von dem Offizier erschossen wurde, stürmte der Bauer auf ihn los, und der wehrte sich und erschoss ihn. Aber zerstört wurde nichts. So sehr daher Gransee mit dem Einmarsch zufrieden war, so furchtbar war es nachher. Erst gingen die polnischen Arbeiter weg. Sie nahmen einfach das beste Gespann des Gutsbesitzers oder Bauern und seine besten Möbel, luden sie auf einen Leiterwagen, pflanzten dort die polnische Flagge auf, bestiegen den Wagen und fuhren nach Osten. Dann kamen von Osten her die deutschen Flüchtlinge. Sie kamen in Scharen, meistens vollkommen ausgeplündert, und zogen nach Westen. Es war ein Jammer, diese armen Menschen anzusehen. Zuerst kamen sie zu Fuß, dann aber kamen auch Eisenbahntransporte. Im Winter 45/46 kam einmal ein Zug mit ungefähr 1200 Frauen und Kindern. Alle waren bis aufs Hemd ausgeplündert, dabei waren 18 Grad Frost. In Gransee nahmen die Russen die Lokomotive weg, und der Zug mußte 24 Stunden auf dem Bahnhof stehen. Am nächsten Morgen wurden 23 Leichen herausgeholt und vergraben. Die Säuglinge hatten sich naß gemacht und waren zu einem Eisklumpen zusammengefroren. Der Zug fuhr dann weiter nach Mecklenburg.

Und dazu die russische Etappe. Die Vergewaltigung der Frauen nahm geradezu groteske Formen an. Täglich erschien bei mir eine Deputation aus der Umgebung, die beklagte sich, die Frauen könnten nicht zu Hause schlafen, sondern müßten im Walde oder im Heuschuppen nächtigen, die russischen Soldaten stellten ihnen dauernd nach. Wir brachten die Frauen in die Kirche, aber das bot auch nur höchst mangelhaften Schutz. Auf einem Gut in der Nähe war eine 70jährige Gutsherrin, bei der ein junger Offizier im Quartier lag. Der ließ sie nicht in Ruhe, sondern machte ihr dauernd unsittliche Anträge. Auf einer anderen Bauernwirtschaft war eine junge Frau, ihr Mann war im Felde. Der Leutnant, der bei ihr im Quartier lag, ließ ihr nicht eher Ruhe, als bis er eines Nachts zu ihr gelangte. Er steckte sie mit Syphilis an, und die arme Frau war seitdem krank. Das sind einige groteske Beispiele, aber es war geradezu ein Sport bei den russischen Soldaten, jeder mußte bei einer deutschen Frau geschlafen haben. Dabei waren bei ihnen selbst, in Russland, die jungen Mädchen, wie man mir sagte, zu etwa 95 % Jungfern. Das russische Mädchen, das bei mir war, wurde in die Kanzlei der Kommandantur geholt. Dort bemächtigte sich ein Major ihrer. Nach etwa zwei Wochen machte er mit ihr bei uns einen Besuch und stellte sie als seine Frau vor. Aber sie benahm sich anständig, sagte z.B., hier sei nie ein Bild von Hitler gewesen. Als nach einiger Zeit die russischen Mädchen nach Russland zurück mußten, ging freilich auch sie nach Hause, und eines Tages erschien der Major bei uns, ziemlich betrunken, und hatte seine richtige Frau bei sich. Er fiel mir um den Hals und sagte, ich möchte seiner Frau nichts erzählen. Betrunken waren die Offiziere meistens, und zwar bereits am Vormittag.

Wir hatten das Haus voller Flüchtlinge. Es waren außer meinen Geschwistern und meiner Schwägerin die Gutsbesitzer aus der Umgebung, die bei uns ein Unterkommen gesucht hatten. Sie waren natürlich ungeduldig, wieder auf ihre Güter zu kommen, und begaben sich kurz darauf dorthin. Dann wurden sie festgenommen und mußten mit einem Trupp zur Arbeit. Manche hielten das nicht aus, besonders die älteren; von Arnim ist gestorben, und Diehn ist, nachdem er ungefähr ein halbes Jahr gearbeitet hatte, von einem polnischen Offizier entlassen worden. Er kam wieder, aber in einem solchen Zustand, dass ihn seine Frau nicht wieder erkannte und er 10 Wochen gelegen hat, bis er wieder einigermaßen in Ordnung war. Überhaupt ging es gleich mit der Beseitigung der Gutsbesitzer los. Alle Besitzer, die über 400 Morgen besaßen, mußten das Feld räumen. Sie mußten einfach von ihren Besitzungen weg, ohne Hausrat, ohne Entschädigung, und durften sich nur mindestens 50 km weit von ihren bisherigen Besitzungen niederlassen. Ihre Besitzungen wurden entweder aufgeteilt und mit irgendwelchen Leuten besiedelt, oder sie wurden Volkseigentum. Und zwar waren es die deutschen Kommunisten, die das aus Ressentiment gegen die Junker veranlassten. Der Marschall Schukow sanktionierte das, indem er in fünf Provinzen, die zur russischen Zone gehörten, die betreffenden Gesetze erließ. In Sachsen wurden alle Gutsbesitzer mit ihren Familien festgesetzt und dann nach Rügen in ein Lager gebracht, wo sie elend verhungert sind. Mein Kollege Graf Zech, der frühere Gesandte in Helsinki, ist im Gefängnis gestorben. Die Siedler waren natürlich zum Teil unbewandert in der Landwirtschaft, auch hatten sie keine Geräte. Dabei wurde ihnen ein Ablieferungssoll auferlegt, ebenso Termine für die Bestellung und für die Ernte. Viele von denen, die

Wald zugeteilt erhalten hatten, hieben den Wald ab, verkauften das Holz und ließen dann ihre Siedlung im Stich.

Als der Herbst kam, mußten die Siedler ihr Soll abliefern. Sie waren aber dazu nicht imstande. Darauf wurden in Gransee 73 Bauern eingesperrt. Sie machten geltend, dass sie einen von den Russen anerkannten Hagelschaden von 75 % gehabt hätten, und wurden daraufhin alle von dem Justizanwärter, der in Gransee das Richteramt versah, freigesprochen. Darauf sagte der russische Kreiskommandant, das sei nicht richtig, sie müssten bestraft werden, und wenn der Richter sie nicht bestrafe, komme er nach Sibirien. Darauf wurden sie nochmals verhaftet und mit einem halben Jahr Gefängnis bestraft, das sie in Neuruppin abzusitzen hatten. Als sie dort ankamen, erschien der Kreiskommandant und gab ihnen fünf Tage Urlaub, sie möchten sich besinnen, ob sie nicht doch ihr Soll abliefern könnten. Nach fünf Tagen erschienen alle und sagten, sie könnten es nicht leisten. Darauf sagte der Kommandant zu ihnen: „Schert Euch nach Hause“, und entließ sie alle. Viele Felder waren ungebaut, denn die Bauern hatten keine Geräte und kein Saatgetreide. Es wurden darauf „Gegenseitige Bauernhilfen“ gegründet, und die mußten einander mit den Geräten aushelfen. Aber das half nicht viel, die Ernten und der Wirtschaftsstapel ließen stark zu wünschen übrig.

Es war überhaupt eine schlimme Zeit. Mich ließen die Russen ja im allgemeinen in Ruhe, oder sie gingen wieder fort, wenn sie meine russische Diplomatenskarte, die ich glücklicherweise noch hatte, sahen, aber vielfach wußten sie nicht Bescheid und weckten einen in der Nacht durch Revisionen, wobei sie sich nicht sehr anständig benahmen. Man war fast täglich auf der Kommandantur und hatte sich für irgendwelche Leute zu verwenden, oder man mußte dort erscheinen, um irgendwelche Aufklärungen zu geben. Dabei waren wir von der Welt abgeschnitten. Von unseren Kindern wußten wir gar nichts. Wir hatten unsere Tochter mit ihren Kindern aus Randow zu uns gebeten, aber sie geriet in den Strom der Flüchtlinge hinein und landete auf einem Gut bei Schwerin. Ich fuhr dorthin, um sie zu holen, aber da war sie schon fort, nach Westen hin. Beinahe wäre mir dabei mein Auto fortgenommen worden. Mit Mühe habe ich es mir erhalten, indem ich einfach losfuhr und den Russen, der es mir nehmen wollte, über den Haufen fuhr. Der Mann meiner Tochter hatte sie bereits abgeholt. Sie waren mit ihren drei Kindern bei Lübeck unter dauerndem Feuer über die Trave gefahren und hatten zwei Tage 2 in einem Erdloch gesessen, bis sie hinüberkamen. Von den Bernburger Kindern hörten wir auch nichts. Es hieß, sie seien nach Amerika geschafft worden. Dann kam endlich heraus, dass die Amerikaner, als sie den Russen das Gebiet um Bernburg abtraten, alle Direktoren der Solvaywerke zusammen mit den Professoren der Universitäten Halle und Jena in Güterzüge gesteckt und nach Westen verfrachtet hatten. Dort hatten sie sie in einem Dorf in der Nähe von Darmstadt auf die Straße gesetzt, und meine Tochter hatte über ein Jahr im Kuhstall gekocht, mein Schwiegersohn im Walde Bäume gefällt. Dann veranstalteten die Brüder Solvay eine Mitgliederversammlung in Köln und verlegten die Hauptverwaltung nach dem Westen. Mein Schwiegersohn wurde geschäftsführender Direktor und zog nach Rheinberg in dieselbe Wohnung, die er seinerzeit als Ingenieur nach seiner Hochzeit bezogen hatte. Das heißt, er bekam nur eine halbe Wohnung, die andere Hälfte hatte eine britische Gräberkommission inne, die die Leichen englischer Soldaten umbettete.

Mein Sohn, der Leutnant, war von Birkenwerder bei Berlin, wo seine Abwehr-Formation lag, nach Bayern geschickt worden, um dort eine Ausweichstelle zu suchen. Dort kamen auch die anderen Offiziere hin. Ein österreichischer Major, der die Abteilung kommandierte, versammelte die Offiziere und sagte ihnen, von Übergabe sei keine Rede, sie hätten sich zu verteidigen, er werde jeden, der sich nicht verteidigte, über den Haufen schießen. Damit zog er seinen Revolver. Darauf zogen die Offiziere ebenfalls ihre Revolver und sagten ihm, er solle nur versuchen zu schießen. Hierauf meinte er, es sei ja nur ein Scherz gewesen, er lade die Herren alle zu einem Frühstück ein. Damit aber waren die Herren nicht einverstanden, sagten vielmehr, sie zögen es vor, zum Zahlmeister zu gehen, sich ihre Bezüge auszahlen zu lassen und nach Hause zu gehen. Mein Sohn begab sich dann zu seiner Frau nach Chieming in das Haus seiner Schwiegereltern. Dort war er ungefähr ein halbes Jahr vollkommen frei, dann kamen die Amerikaner, holten ihn ab und sperrten ihn in Traunstein ins Gefängnis. Nach etwa drei Wochen brachten sie ihn in das Lager nach Stephanskirchen. Dort war er zuerst einige Wochen mit vielen anderen Offizieren interniert, dann aber wurde er Vertrauensperson für die Begutachtung der ausgefüllten Fragebogen und Dolmetscher. Nach einiger Zeit wurde das Lager aufgelöst, und er kam nach Dachau. Hier machte er dieselbe Laufbahn durch, erst gewöhnlicher Gefangener, dann Begutachter von Fragebogen und Dolmetscher. Schließlich wurde er selbst entlassen und ging nach Hause, um sich als Schriftsteller zu betätigen. Er arbeitet fleißig, ist auch beim Rundfunk tätig und schreibt zahlreiche Bücher.

Bei uns fuhr eines Tages ein Auto vor, und es stiegen der frühere Reichsminister Hermes und seine Frau sowie Herr von Zitzewitz heraus. Herr Hermes war Ernährungsdirektor bei General Schukow geworden und Herr von Zitzewitz sein Gehilfe. Herr Hermes sagte, er sei gekommen, um die Landwirtschaft von Gransee und Umgebung zu revidieren und um mich nach Berlin zu holen. Er wolle mich mit dem Marschall Schukow zusammenbringen, und wir müssten zusammen für Deutschland arbeiten, um es wieder hochzubringen. Ich willigte sofort ein, und er fuhr wieder fort, nachdem wir einige Güter besichtigt hatten. Es wurde aber nichts daraus, ich wartete vergebens. Nach einiger Zeit kam ein Brief von Professor Hoetzsch, Geheimrat Sauerbruch möchte mich als Präsidenten des Roten Kreuzes, ich möchte nach Berlin kommen. Zugleich schickte man mir ein Auto. Ich erklärte mich bereit, stieg ein und fuhr nach Berlin ins Augusta-Hospital, wo ich die gerade leerstehende Wohnung des Chefarztes bezog. Nach Rücksprache mit Geheimrat Sauerbruch fuhren wir nach Babelsberg, wo die Hauptverwaltung des Roten Kreuzes ein wunderbares neues Palais besaß, und ich wurde dort als Präsident eingeführt.

Ich wohnte nun im Augusta-Hospital in Berlin und fuhr täglich nach Babelsberg, wo ich im Roten Kreuz ein schönes Zimmer und eine Sekretärin bekam. Es waren in der Hauptverwaltung noch ungefähr 200 Personen, dazu noch ein großes Lager von Arzneien und eine große Bibliothek. Ein Flügel des Gebäudes war als Altersheim eingerichtet, die Villa des Chefs war von den Russen beschlagnahmt. Der vorhergehende Chef war der Herzog von Coburg-Gotha gewesen, der geschäftsführende Direktor hatte sich vergiftet, auch hatte er in der Hauptverwaltung beim Einzug der Russen Gift verteilt. Ich machte in Potsdam meinen Besuch beim Kommandanten Oberst Werin und erhielt von ihm alle Zusagen des Schutzes. Nur das beschlagnahmte Lager von Arzneien erklärte er nicht freigeben zu können. Das hänge von seiner Medizinal-Hauptverwaltung in Karlshorst ab. Ich fuhr also nach Karlshorst zur Hauptverwaltung. Dort wurde ich von einem Oberst empfangen, der mich über meine Vergangenheit ausfragte, aber mir wegen der Medizinalsachen keine Auskunft gab. Er fragte nur, ob wir angemeldet seien, was ich nicht wusste, aber als wahrscheinlich hinstellte. Beim General wurde ich nicht vorgelassen, auch gab man uns über die Anerkennung keine Auskunft. Der Oberst aber behandelte mich durchaus höflich.

Einige Wochen, nachdem ich meine Arbeit beim Roten Kreuz angefangen hatte, erschienen plötzlich dort die Russen und nahmen uns das Gebäude weg. Ein russischer General mit einer Kommission ging durch das ganze Gebäude und sah sich alle Zimmer an. Wir mußten ausziehen. Als er bei meinem Zimmer ankam, fragte er: „Sie waren Botschafter in Moskau?“ Und auf meine zusagende Antwort sagte er: „Sie können die Möbel Ihres Zimmers mitnehmen, alles übrige Inventar bleibt hier.“ So zogen wir aus, und zwar in den amerikanischen Sektor, nach Zehlendorf, wo das Rote Kreuz ein Grundstück mit einem Hauptgebäude und einem mehrere Baracken enthaltenden Garten besaß. Ich ging in eine Baracke im Garten, das Vordergebäude, eine hübsche Villa, die früher einmal dem Sänger Schlusnus gehört hatte, ließ ich der Bezirksverwaltung.

Wir hatten mit der katholischen Caritas-Verwaltung und mit der evangelischen Inneren Mission den ehemaligen Wohlfahrtsverband wieder erneuert und beschäftigten uns vor allem damit, für die Vertriebenen der deutschen Ostprovinzen zu sorgen. Zu diesem Zweck verkehrten wir mit dem Magistrat in Berlin und auch mit den Russen. Beim Magistrat waren die Kommunisten die herrschende Partei; ich machte dem Bürgermeister Werner meinen Besuch. Er empfing mich höflich, machte mir aber keinen Gegenbesuch. Ich ging auch zum Vater Pieck, den ich noch vom früheren Reichstag her kannte. Der sagte mir, das Rote Kreuz habe sich während des Krieges barbarisch benommen, habe Munition und Waffen transportiert und Leute umgebracht. Das war aber alles nicht wahr. Auch in der Presse wurden ähnliche Beschuldigungen gebracht, vor allem, dass die Wagen des Roten Kreuzes Munition gefahren hätten. Das waren aber die Medizinalwagen der SS gewesen, die auch das rote Kreuz als Emblem führten, nicht die Wagen des Roten Kreuzes. Ferner sagte mir Pieck, das Rote Kreuz sei das Feld gewesen, auf dem die vornehmen Damen ihre Wohltätigkeit zeigen wollten, aber nichts Ernstes. Er sei dafür, es aufzulösen und anstatt seiner eine Volkswohlfahrt einzurichten.

Nun begannen die Verhandlungen mit den Amerikanern. Wir richteten zunächst als Wohlfahrtsverband eine Eingabe an die amerikanische Medizinalverwaltung, uns zu helfen, die Vertriebenen zu unterstützen. Dabei wiesen wir darauf hin, dass aus dem Gebiet östlich von Oder und Lausitzer Neiße alle Deutschen von den Polen und den Russen ausgetrieben würden, was gegen die Atlantik-Charta verstoße. Damals war das Potsdamer Abkommen noch nicht bekannt. Als es bekanntgemacht wurde, glaubten wir, dass die Vertreibung auch gegen dieses Abkommen verstoße. Doch die Amerikaner sagten uns, das sei Politik, und damit hätten wir uns nicht zu beschäftigen. Hierauf richtete ich eine Eingabe an sie, die Hauptverwaltung des Roten Kreuzes anzuerkennen, erhielt aber die Antwort, gegenwärtig könnten sie das noch nicht tun, sie müssten noch warten. Kurz

darauf war eine deutsche Versammlung bei der Provinzial-Medizinalverwaltung, dazu erschienen die Russen und lösten die Hauptverwaltung des Roten Kreuzes auf. Ich legte sofort mein Amt als Vorsitzender nieder. Es wurde aber noch eine Kommission eingesetzt, die die ganze Geschäftsführung revidieren und die Übernahme des Inventars regeln sollte. Anstelle des Roten Kreuzes wurde in der russischen Zone die Volkswohlfahrt eingeführt, in den anderen Zonen und in Westberlin blieb das Rote Kreuz erhalten.

Darauf, es war im November 1945, zog ich aus dem Augusta-Hospital aus und mietete mir in Charlottenburg zwei Zimmer bei Witwe Schiele, ein Arbeits- und ein Schlafzimmer. Über mir wohnten der Amtsgerichtsrat Plewe und Herr Hansen, der früher in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes war, aber jetzt beim Institut für Völkerrecht arbeitete. Ich ließ mich darauf ebenfalls dem Institut für Völkerrecht, das eine Unterabteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts war, zuteilen und arbeitete dort für die Wiedervereinigung Deutschlands. Zu diesem Zweck knüpfte ich Verbindungen mit der CDU in der Jägerstraße an, der Herr Plewe angehörte, und wurde durch deren Vermittlung von den Russen nach Karlshorst geladen. Dort empfing mich Herr Semjonow, der russische Botschafter, Vertreter des Moskauer Auswärtigen Amtes und außenpolitischer Berater des Feldmarschalls Schukow. Nach einer Unterhaltung lud er mich zum Essen ein und machte mich mit seinem Gehilfen, dem Legationsrat Georgiew, der zugleich Generalmajor war, und Botschaftsrat Iwanow bekannt, der früher Botschaftsrat beim Botschafter Dekanossow in Berlin gewesen war und mich schon kannte. Wir unterhielten uns, und Georgiew und Iwanow luden mich für die Woche darauf ein, wieder mit ihnen zu essen. Dabei fragten sie mich, was ich eigentlich jetzt machte. Als ich ihnen sagte, ich arbeitete beim Institut für Völkerrecht, meinten sie, das sei für mich, den sie als aktiven Mann kannten, höchstens eine Nebenbeschäftigung, ich sollte mit ihnen zusammenarbeiten, ihnen auch Vorschläge über die Art der Arbeit machen. Darauf sagte ich ihnen, ich könnte ihnen einstweilen nur einen Vorschlag machen, nämlich dass sie mich wieder als Botschafter anerkannten, dass meine russische Diplomatenkarte, die ich noch bei mir hätte, wieder gelte und dass ich offen zu ihnen sprechen könnte, wie ich es in Moskau getan hätte. Hiermit waren sie einverstanden und sagten mir, sie hätten von Moskau entsprechende Anweisungen, ich hätte dort noch einen großen Namen.

Hierauf bin ich zuerst jeden Freitag, später alle vierzehn Tage und noch seltener nach Karlshorst gefahren und habe dort mit Legationsrat Georgiew, der in Wirklichkeit Malinin hieß, gegessen. Er war aus Nowosibirsk, und wir sprachen über Politik. Er sagte mir, die Russen dächten nicht daran, Deutschland zu sowjetisieren. Jetzt seien die Deutschen hungrig und niedergedrückt, aber allmählich würden sie wieder zu sich kommen, und dann würden sie sich gegen Russland wenden. Deutschland solle wieder groß und stark und mit Russland befreundet werden. Es solle sein Selbstbestimmungsrecht behalten. Sie, die Russen, ständen für Deutschland an sich auf dem Boden der Weimarer Verfassung, aber das sei eine Sache Deutschlands. Nur Reparationen aus der laufenden Produktion, davon könnten sie nicht lassen, denn erst müsste Russland und dann Deutschland aufgebaut werden, nicht umgekehrt. Das war meines Erachtens ein vernünftiger Standpunkt. Und ich glaubte auch, er sei so gemeint, wie gesagt; denn ich hatte 1918 die vergeblichen russischen Versuche aktiv miterlebt, Deutschland durch Spartakus zu sowjetisieren, hatte damals auch das russische Angebot, den Krieg gegen den Westen mit uns weiterzuführen unter der Bedingung, dass Deutschland sowjetisiert werde, entgegengenommen und seine Ablehnung mitgetragen.

Aber unsere Kommunisten wollten es anders. Manche von ihnen, so Pieck und Ulbricht und andere, waren in Russland geschult. Sie hatten ein Ressentiment gegen Preußen und seine Junker und wollten vor allem die Junker beseitigen und in Deutschland eine Agrarreform durchführen. Zu diesem Zweck bestimmten sie, dass sich die SPD mit der KPD in einer SED, einer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, vereinigte. Da Preußen, insbesondere Berlin, unter russischer Besatzung war und die russische GPU dort ihr Wesen trieb, wagte man nicht, dagegen anzukämpfen, und die SED wurde eine mächtige Partei. Auch hatten die Alliierten bestimmt, dass sich Parteien bilden könnten, und so bildeten sich die CDU, d.h. die Christlich Demokratische Union, die FDP, d.h. die Freie Demokratische Partei, die SPD, d.h. die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die KPD, d.h. die Kommunistische Partei Deutschlands. In der russischen Zone wurden also die beiden letzteren zur Sozialistischen Einheitspartei verbunden. Unter dem Schutz der russischen Besatzung und der GPU ging sie nun daran, die russische Zone zu sowjetisieren.

Die Amerikaner, die Engländer und die Franzosen teilten sich mit den Russen Berlin, und zwar nahmen die Russen die acht Bezirke des Ostens, die Amerikaner die sechs Bezirke des Südens, die Engländer die vier Bezirke des Westens und die Franzosen die zwei Bezirke des Nordens. Und dafür gaben die Amerikaner den Russen Thüringen und Anhalt. So hatten die Russen, nachdem sie den

Polen die ganzen deutschen Ostprovinzen abgegeben und selbst Königsberg und das nördliche Ostpreußen genommen hatten, fünf Provinzen, nämlich Brandenburg ohne die Neumark, Mecklenburg, Vorpommern, den Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die Engländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Westfalen und Hamburg, die Amerikaner Bayern, Nordwürttemberg, Bremen und Hessen und die Franzosen Rheinland-Pfalz, Südwürttemberg und Baden. Aber bald gab es Streitigkeiten unter den Verbündeten. Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 bestimmte, dass alle vier Verbündeten zusammenarbeiten sollten, jeder Kommandierende in allen Einzelheiten den Weisungen seiner Regierung unterworfen; aber ganz Deutschland sollte einheitlich und es sollte demokratisch regiert werden. Denn die Alliierten hatten bestimmt, dass Deutschland nicht vernichtet oder versklavt, sondern ein friedlicher und freier Staat werden sollte. Zu diesem Zweck sollten unter den Besatzungsmächten fünf deutsche Staatssekretäre stehen, die Deutschland verwalten sollten. Aber die Franzosen wollten die Saar haben und ließen vorher die Staatssekretäre nicht zu. Darauf sagten die angelsächsischen Staaten Frankreich das Saarland zu, aber mittlerweile waren die Streitigkeiten mit den Russen so stark geworden, dass diese nicht zustimmten, sondern Widerspruch erhoben.

Die Streitigkeiten mit den Russen mehrten sich nämlich. Zuerst ging es um die Reparationen aus der laufenden Produktion. Während die Russen dieser Waren entnahmen, stimmten die anderen Staaten dem nicht bei, sondern sagten, die Russen nähmen amerikanische Waren, die nach Deutschland gingen. Sodann hielt der amerikanische Außenminister eine Rede in Denver, in der er sagte, man müsse den anderen Alliierten helfen. Das begrüßte der englische Außenminister sehr, da er knapp an Dollars war, setzte sich mit dem französischen Außenminister in Verbindung, und beide beschlossen, die amerikanische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Erst dann wandten sie sich an die russische Regierung. Die aber fühlte sich als der Obersieger, da sie nach ihrer Ansicht die anderen Alliierten gerettet hatte, und nahm die nachträgliche Inanspruchnahme übel. Ferner sahen die Amerikaner, dass die Kommunisten die russische Zone sowjetisierten. Auch die anderen Verbündeten suchten allerdings ihre Zonen zu demokratisieren, und zwar jede auf ihre Art, so dass sie den Russen die Sowjetisierung eigentlich nicht übel nehmen konnten, aber sie hielten sich eben an den Potsdamer Vertrag, der die Demokratisierung vorschrieb. Die Russen dagegen, oder vielmehr die deutschen Kommunisten, gingen nicht nach dem Vertrage vor, sondern legten die sozialistischen Parteien zusammen und diktierten die Wahlen. So beschlossen die Amerikaner, die Zonen zusammenzulegen und einheitlich zu verwalten. Das passte den Kommunisten natürlich gar nicht, besonders da die anderen Alliierten die Zusammenlegung ihrer Zonen beschlossen, ohne mit den Kommunisten in Fühlung zu treten. Die Streitigkeiten konzentrierten sich schließlich auf Berlin, und dieses wurde von den Russen boykottiert, d.h. nach Westen hin abgesperrt. Die anderen Alliierten versorgten es dann auf dem Luftwege, und sie siegten dabei, denn es gelang ihnen, die Versorgung hinsichtlich ihrer Sektoren durchzuführen.

Die russischen Soldaten entwickelten sich inzwischen zu einer richtigen Landplage. Sie brachen in alle Behältnisse ein und stahlen, wo sie konnten. Auch in meinen Weinkeller brachen sie ein und raubten mir die besten Flaschen. Ich erzählte das dem Legationsrat Georgiew. Darauf erschien bei mir eine russische Kommission. Sie sagte, mein Haus sei zerstört und sie sei sehr traurig darüber. Als sie erkannte, dass nur mein Weinkeller beraubt war, lachte alles und meinte, dann sei der Schaden ja nicht erheblich. Aber wie könnte ich wissen, dass es gerade russische Soldaten gewesen seien. Da konnte ich glücklicherweise mit einem russischen Soldatenknopf aufwarten, und sie entschuldigten sich, maßen aber dem Diebstahl keine wesentliche Bedeutung bei. Dabei waren die Flaschen einfach mit dem Bajonett geöffnet und - nachdem nur wenige Schlucke getrunken waren - in den Garten geworfen worden.

Eines Tages fuhr Geheimrat Sauerbruch mit meinem Auto nach Hause. Am Funkturm sperrten vier russische Soldaten die Straße und forderten ihn auf, stehenzubleiben. Als er halten ließ, warfen sie ihn auf der einen und den Chauffeur auf der anderen Seite aus dem Wagen, setzten sich hinein und fuhren ab. Ich benachrichtigte sofort die Polizei aller Besatzungsmächte sowie die deutsche Polizei, aber ohne Ergebnis. Etwa ein halbes Jahr später fragte eine russische Majorin, deren Mutter bei Sauerbruch in der Universitätsklinik lag, bei Geheimrat Sauerbruch an, ob ihm vielleicht ein Auto gestohlen worden sei. Man habe eins in der Gegend von Küstrin gefunden und die Soldaten, die es geraubt hätten, gehenkt. Das Auto aber habe man dem Kreiskommandanten in Guben als Dienstauto überwiesen. Es stellte sich heraus, dass es mein gestohlenen Auto war. Ich fuhr darauf nach Guben und meldete mich beim Kommandanten. Er meinte erst, ich sei ein Hitlerscher Botschafter, aber nachdem er die Schriftstücke gesehen hatte, erklärte er sich bereit, mir das Auto wiederzugeben. Er gab mir auch noch 80 Liter Benzin dazu, und so hatte ich meinen Wagen wieder. Er war allerdings reichlich mitgenommen.

Mittlerweile hatten die Kommunisten in der russischen Zone einen Volkskongress einberufen. Sie bildeten einen Volksrat mit verschiedenen Ausschüssen und eine eigene Regierung. Demgegenüber legten die anderen Alliierten ihre Zonen zusammen und bildeten die westdeutsche Bundesrepublik mit einem gewählten Bundestag und einem Bundespräsidenten. Dazu gehörten die drei westdeutschen Zonen, zu denen noch die von den Tschechen vertriebenen tschechoslowakischen deutschen Flüchtlinge kamen, etwa drei Millionen an der Zahl. Sie setzten die Währung auf sechseinhalb Pfennig herab und bildeten einen Weststaat von ungefähr 48 Millionen Einwohnern, der vollkommen demokratisch regiert wurde. Die Kommunisten dagegen bildeten die ostdeutsche demokratische Republik mit ungefähr 18 Millionen Einwohnern. Außerdem gab es noch die Westsektoren der Stadt Berlin mit etwas über 2 Millionen Einwohnern. Sie schlossen sich an die Westdeutsche Republik an, ohne jedoch als Bundesstaat zugelassen zu werden. So war Deutschland in sechs Teile geteilt: Zunächst Königsberg und der Nordteil Ostpreußens, der von Russland, und der übrige Teil Preußens bis zur Oder und Lausitzer Neiße, der unter polnischer Verwaltung stand und von Polen beansprucht wurde. Aus beiden Teilen waren die Deutschen ausgetrieben und teils nach Russland verschleppt, teils nach Westdeutschland umgesiedelt. An ihrer Stelle waren Russen und Polen angesiedelt. Ferner die sowjetisch verwaltete russische Zone, Westberlin, die deutsche Bundesrepublik und das Saarland, das von den Franzosen belegt und verwaltet war.

Ich wohnte bis zum Jahre 1947 in der russischen Zone und in Berlin. Jede Woche fuhr ich nach Berlin und dann nach einigen Tagen wieder nach Hause zurück. In Berlin wurde ich von den Russen nach Karlshorst geholt und redete dort mit Georgiew. Er war durchaus vernünftig. Aber unsere Kommunisten ruhten nicht. Sie führten die Agrarreform durch, was in der Art, wie es geschah, brutal, ungehörig und unpraktisch war, und fingen an, überall Konsumläden aufzumachen und die selbständigen Geschäfte allmählich abzubauen. In der Industrie erhielten sie Hilfe von den Russen. Die machten aus den großen Fabriken sowjetische Aktiengesellschaften (SAG). Ich sah das alles und richtete an Molotow folgendes Schreiben:

Berlin, den 30.4.47

Memorandum über die deutsch-russischen Verhältnisse

Das hauptsächlichste Problem, das sich aus dem Zweiten Weltkriege ergeben hat, ist der aktuell gewordene Gegensatz zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Weltanschauung. Er hat jetzt die Form einer politischen Auseinandersetzung zwischen einem unter der Führung der angelsächsischen Mächte stehenden Westblock und einem unter der Führung der Sowjetunion stehenden slawischen Block angenommen. Augenblicklich befindet er sich im Stadium der Sicherung der beiderseitigen politischen und strategischen Positionen.

Eines der hauptsächlichsten Kraftfelder dieser Auseinandersetzung ist Deutschland. Ob die Einigung über Deutschland bald erfolgt oder nicht, ob Deutschland künftig westlich oder östlich orientiert sein wird, also ein Glacis der Westmächte gegen Russland oder ein Glacis Russlands gegen die Westmächte bilden wird, oder ob womöglich seine Teilung in eine westlich und eine östlich beeinflusste Hälfte erfolgt, davon hängt es wesentlich ab, in welchem Maße und Tempo die Welt einer friedlichen oder kriegerischen, einer sozialen oder kapitalistischen Zukunft entgegengeht. Wird ein Trennungsstrich durch Deutschland gezogen, so ist eine ruhige Entwicklung nicht möglich. Geht aber die Einigung über Deutschland bald vor sich, so wird die Spannung voraussichtlich nachlassen und bis auf weiteres eine friedliche Entwicklung Platz greifen. Und erfolgt die Einigung derart, dass Deutschland in eine freundschaftliche Haltung oder gar in eine Glacisstellung zur Sowjetunion gelangt, so würde das eine erhebliche und vielleicht sogar entscheidende Stärkung der russischen Position bedeuten.

Inwieweit die Sowjetunion hinsichtlich der politischen Lage derselben Ansicht ist, eine friedliche Entwicklung wünscht und auf ein mit Russland wie ehemals in Freundschaft und durch gemeinsame Interessen verbundenes Deutschland Wert legt, ist Sache der Entscheidung der sowjetischen Staatsmänner. Nach ihren bisherigen Äußerungen wünschen sie ein russlandfreundliches Deutschland und sind auch hinsichtlich der Lage derselben Ansicht. Die Gruppierung der Staaten läßt wohl auch kaum eine andere Auffassung zu. Frankreich ist offensichtlich für den Westen gewonnen, wenn es auch gelegentlich, soweit dies dem augenblicklichen französischen Interesse dient, mit der Sowjetunion zusammenwirken mag. Auf die anderen Weststaaten ist für die Sowjetunion ebenfalls wenig zu rechnen. Was aber die kleinen zwischen ihr und Mitteleuropa gelegenen slawischen und nichtslawischen Staaten anbetrifft, so ist ihr Wert den sowjetischen Staatsmännern bekannt. In jedem Falle werden sie sich sagen, dass ein zur Sowjetunion oder mindestens nicht gegen sie stehendes

Deutschland nicht nur an sich eine starke Stütze der russischen Stellung bedeutet, sondern dass es überdies auch die Haltung der zwischen ihnen liegenden kleinen Staaten im Sinne ihrer östlichen Orientierung beeinflussen kann. Das russische Interesse geht also dahin, Deutschland sowjetfreundlich zu stimmen und für sich zu gewinnen.

Entspricht nun die russische Politik diesem Interesse?

Zum großen Bedauern aller Deutschen, die den Draht zwischen Berlin und Moskau so schnell wie möglich wieder zusammenknüpfen möchten, kann diese Frage nicht bejaht werden. Sowohl die Haltung der Sowjetunion gegenüber der Zukunft Deutschlands, also in der Frage des deutschen Friedensvertrages, wie auch die russische Okkupationspolitik sind leider bisher nicht so, dass sie das deutsche Volk für Russland gewinnen können. Ja, die Art des russischen Vorgehens erweckt sogar den Anschein, als ob mit der russischen Möglichkeit, Deutschland für den Osten zu gewinnen, doch nicht gerechnet wird und man geradezu darauf ausgeht, es den Westmächten zu überlassen.

Dabei wäre die Gewinnung Deutschlands für eine sowjetfreundliche Haltung nicht schwierig. Weder ist die Politik der Westmächte in Deutschland beliebt, noch besteht eine natürliche oder traditionelle deutsche Tendenz, sich dem Westen anzuschließen. Dass die Behandlung des Problems Deutschland durch die angelsächsischen Mächte, bei aller Anerkennung des amerikanischen Bestrebens, den Krieg so bald wie möglich gänzlich zu liquidieren, und der englischen humanitären Bemühungen, beim deutschen Volk nicht populär ist, läßt sich leicht erkennen. Besonders die gänzliche Verleugnung der von ihnen aufgestellten Atlantik-Charta und ihr Eintreten für Frankreich erregen in Deutschland Missfallen. Denn Frankreich will nun einmal der Gegner bleiben. Es arbeitet seit Jahrhunderten und auch jetzt unentwegt gegen die deutsche Einheit. Es hat sich ein Stück deutschen Gebietes nach dem anderen angeeignet und strebt auch jetzt wieder nach deutschem Land.

Demgegenüber ist das Verhalten der Sowjetunion bereits in mancher Hinsicht vom deutschen Volk mit Sympathie begrüßt worden. So das Eintreten Molotows für die Erhaltung der deutschen Einheit, für die Bildung einer deutschen Regierung und für die Selbstbestimmung Deutschlands hinsichtlich der Art einer demokratischen Verfassung sowie eine reservierte Haltung gegenüber den französischen Ansprüchen auf das Saargebiet. Aber dem steht leider andererseits sowohl in der Friedenspolitik wie auch in der Okkupationspolitik eine russische Haltung gegenüber, die diese Sympathie wieder illusorisch macht, ja, die geradezu als eine Propaganda für die Westmächte wirkt und infolgedessen eine sowjetfreundliche deutsche Politik äußerst erschwert.

In der Friedenspolitik ist es vor allem die beabsichtigte und auch bereits unter der - in der Geschichte wohl ohne Beispiel dastehenden - Austreibung von rund 9 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat de facto durchgeführte Abtrennung der deutschen Ostprovinzen zugunsten Polens, die im deutschen Volk die größte Erbitterung hervorgerufen hat. Sie kann unmöglich zu einem Frieden und noch weniger zu einer deutschen Sympathie für die Sowjetunion führen und wird vom deutschen Volk, wenn sie ihm auf gezwungen werden sollte, nicht nur mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft, sondern auch niemals vergessen werden. Würde die Sowjetunion, wenn sie an Deutschlands Stelle wäre, anders handeln? Das deutsche Volk ist bereit, soweit es nach einem gerechten Urteil für Hitler verantwortlich zu machen ist, den durch seinen Krieg verursachten Schaden nach Möglichkeit zu ersetzen. Es ist auch bereit, für Polen ein territoriales Opfer zu bringen. Nicht als Schadensersatz. Denn Schäden, die, wenn auch noch so schwer, repariert werden können, dürfen nicht durch irreparable Opfer abgegolten werden. Aber die Korridorlösung war unsinnig. Der Weichselstaat muß einen seiner Lage entsprechenden Ausgang zur See haben. Hierfür will Deutschland auch Territorium opfern, aber nicht mehr, als für diesen Zweck und für die Existenz der rund 20 Millionen Polen notwendig ist.

Für einen überzeugten Anhänger der deutsch-russischen Freundschaft ist es ein schwer zu fassender Gedanke, dass die polnischen Fragen, die bisher immer eine den beiden Staaten gemeinsame und ihre Interessen miteinander verbindende Angelegenheit 3 waren, nun zu einer sie für immer entzweierenden Gegebenheit 4 werden sollen 5. Wohl ist es verständlich, dass man in der Sowjetunion über den gemeinen Überfall Hitlers empört war, dass diese Empörung sich nach dem Sieg in so strengen Maßnahmen äußerte und dass heute, nachdem diese Maßnahmen bereits weitgehend ausgeführt sind, ihre Revision für die Sowjetregierung nicht leicht ist.

Wir hoffen trotzdem, dass es den russischen Staatsmännern gelingen wird, eine Regelung zu finden, die den natürlichen Verhältnissen entspricht, sowohl für das deutsche wie auch für das polnische Volk

annehmbar ist und alle beide nicht in eine Gegnerschaft untereinander und gegenüber Russland treibt. Vorschläge in dieser Hinsicht sind von deutscher Seite bereits gemacht worden. Ihre Ausführung wird in Polen zunächst enttäuschend wirken. Aber bei aufklärender Einwirkung von russischer Seite wird auch Polen den Vorteil für die Zukunft anerkennen.

Die zweite das deutsche Volk gegen Russland einnehmende Frage der Friedenspolitik ist die sowjetische Haltung in der Frage der Vereinigung der Besatzungszonen. Das russische Verlangen, dass zunächst die Vereinigung der amerikanischen und der britischen Zonen wieder aufgehoben werden soll, wird in Deutschland nicht verstanden. Ja, sie wird sogar dahin gedeutet, dass man in Moskau die deutsche Einheit doch nicht ernsthaft wünscht, sondern nur zu Propagandazwecken verkündet. In der Tat ist nicht ersichtlich, warum nicht, wenn der Wille zur Vereinigung wirklich besteht, gleich eine solche erfolgen kann, sondern erst eine Wiederauflösung der englisch-amerikanischen Zonengemeinschaft vorhergehen muß.

Nun scheint es, dass es der Sowjetunion vor allem auf die Sicherung ihrer Reparationsansprüche ankommt und dass sie daher diese zur Bedingung ihrer Einwilligung in die von ihr selbst gewünschte Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Bildung einer deutschen Zentralregierung macht. Und zwar sind es anscheinend zwei Forderungen, die von ihr erhoben werden, einmal ein Schadensersatz von 10 Milliarden Dollar und zweitens die Befriedigung ihrer Ansprüche aus der laufenden Produktion. Es ist in dieser Hinsicht sehr bedauerlich, dass die Alliierten derartige Fragen lediglich unter sich auszutragen suchen, anstatt bei ihrer Lösung auch das deutsche Volk zuzuziehen. Auf der einen Seite sollen die Deutschen ihre Wirtschaft selbst handhaben und für ihre Führung verantwortlich sein, und auf der anderen Seite wollen die Alliierten allein bestimmen, was und wie diese Wirtschaft zu leisten hat. Es liegt auf der Hand, dass die Deutschen ihre Leistungsfähigkeit selbst am besten kennen, dass sie um der Herstellung ihrer staatlichen Einheit willen gern bereit sind, die größten ihnen möglichen Opfer zu bringen, und dass sie auch am ehesten einen Weg für ihre Leistung finden werden. Wenn der Sowjetregierung wirklich an einem einheitlichen Deutschland liegt - und nach der Lage und der Stimmung des deutschen Volkes müßte sie tatsächlich ein großes Interesse daran haben -, dann sollten die sowjetischen Staatsmänner es sich überlegen, ob nicht eine Einschaltung des deutschen Volkes in dieser oder jener Art zu einem Ausweg aus der Sackgasse führen und auch die Stimmung der Deutschen erheblich zugunsten der Sowjetregierung beeinflussen könnte.

Schließlich hat das deutsche Volk hinsichtlich der Friedenspolitik noch einen sehnlichen Wunsch: die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen. Es würde die Bereitwilligkeit dazu und die baldige Ausführung der Absicht als ein besonders sprechendes Zeugnis des russischen guten Willens gegenüber Deutschland anerkennen und mit Sympathie begrüßen. Die Herbeiführung einer auch dem deutschen Bedürfnis Rechnung tragenden Regelung der Territorialfrage, die Beseitigung der Zonengrenzen, die Errichtung einer deutschen Zentralregierung mit der Aufgabe, dem deutschen Volk eine demokratische Staatsverfassung und einen tragbaren Frieden zu verschaffen, und schließlich die baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen, das sind neben der Milderung der wirtschaftlichen Not die Dinge, die dem deutschen Volk am meisten am Herzen liegen. Wer ihm dazu verhilft, der kann auf seine Dankbarkeit und auf seine Bereitwilligkeit rechnen, zu ihm zu stehen. Wer sich ihrer Erreichung entgegensetzt, der spricht damit zugleich einen Verzicht auf ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland aus.

Aber es ist nicht nur die bisherige russische Haltung in der Friedenspolitik, die in Deutschland Zweifel an dem russischen guten Willen hinsichtlich der deutsch-russischen Zukunft erweckt, sondern auch die von der Sowjetunion in ihrer Zone betriebene Okkupationspolitik. Man muß bedenken, dass diese Politik nicht nur Bedeutung in der Zone, sondern in ganz Deutschland hat. Mag die Absperrung der Zonen noch so (sie) gehandhabt werden, sie kann einen Verkehr zwischen ihnen doch niemals verhindern. Man weiß in jeder Zone genau, wie es in der anderen aussieht, und in jeder macht man sich naturgemäß ein Bild davon, wie es in ganz Deutschland aussehen würde, wenn diese oder jene Okkupationsmacht die herrschende wäre. So ist es klar, dass auch die russische Okkupationspolitik in ganz Deutschland bekannt ist und dass aus ihr, je nach ihrer Art, Sympathie oder Antipathie gegenüber der Sowjetunion in ganz Deutschland erwächst.

In dieser Hinsicht sind es nun folgende Umstände, die auf die deutsche Stimmung gegenüber der Sowjetunion ungünstig einwirken:

1. Die allzu weitgehende Einwirkung der sowjetischen Besatzungsbehörden auf die deutsche Verwaltung. Die dauernden Eingriffe, die kategorischen, vielfach an nicht einzuhaltende Fristen

geknüpften und sich oft widersprechenden Befehle an die deutsche Verwaltung sowie ein strenges Vorgehen bei der Nichtausführung der Anordnungen, auch wenn sie unter Umständen nicht möglich war (sie), wirken überaus deprimierend. Die deutsche Verwaltung steht auch heute sicherlich auf derselben Höhe wie die der sonstigen zivilisierten Staaten. Man sollte den deutschen Stellen möglichst freie Hand lassen, nur eine allgemeine Kontrolle ausüben und allgemeine Anordnungen erlassen und sich aller Eingriffe in die Einzelheiten der Verwaltung enthalten.

2. Die allzu weitgehende Ausbeutung und Beeinflussung der deutschen Wirtschaft. Die mit großer Strenge, oft in übertriebenem Ausmaß und vielfach auch nicht sachverständig ausgeführten Demontagen, die Umwandlung zahlreicher Fabriken in russische Gesellschaften, die sehr unterschiedliche Zuteilung von Material an die für russische und die für deutsche Bedürfnisse arbeitenden Betriebe, die sehr weitgehenden Beschlagnahmen und die vielfachen Verluste der durch verfehlte Anordnungen dem Verderben ausgesetzten Produktion, die gewaltsame Art der Verfügung über deutsche, darunter besonders auch weibliche Arbeitskräfte und ihrer Überführung nach Russland, alles das hat sehr viel böses Blut gemacht. In der Landwirtschaft ist die überstürzte und teilweise auf unrichtigen Voraussetzungen beruhende Bodenreform, bei der überdies von den ausführenden deutschen Stellen in ungerechtfertigter Weise auch verdiente nichtjunkeraliche Landwirte und ihre Familien brutal behandelt worden sind, vielfach einer starken Kritik begegnet. Es wäre zweckmäßig, vielfach bei der in ganz Deutschland durchzuführenden Bodenreform diesen Mangel zu berücksichtigen. Im Handel wird besonders die vorzugsweise Belieferung der Konsumgeschäfte als ungerecht empfunden. Vor allem aber hat die mangelhafte Belieferung der deutschen Bevölkerung mit Nahrung und Heizung lebhaften Unwillen erregt. Es ist sehr zu wünschen, dass das Verfahren der Besatzungsbehörden in diesen Hinsichten entgegenkommender wird, wenn man auf eine bessere Stimmung der Bevölkerung Wert legt.

3. Die unterschiedliche Behandlung der deutschen politischen Parteien. Dass die auf Veranlassung der KPD gegründete SED offenbar stark bevorzugt wird, ist ebenfalls ein wesentliches Hindernis für die Herstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zur Sowjetunion. Auch die bei den Wahlen vielfach erfolgte offizielle Behinderung der sog. bürgerlichen Parteien war ein Fehler. Die deutsche Demokratie und der deutsche Sozialismus unterscheiden sich nun einmal von den entsprechenden russischen Begriffen. Und wenn der russische Sozialismus in der Sowjetunion am rechten Platze war und dort - was in Deutschland durchaus anerkannt wird geradezu ein fortschrittliches Wunder vollbracht hat, so passt er doch nicht für die aufgrund ihrer viel längeren Entwicklung bereits fortgeschrittenere und individueller gewordene deutsche Bevölkerung. Eine Änderung des sowjetischen Verhaltens wäre auch in dieser Hinsicht sehr zu empfehlen.

4. Am allerungünstigsten für die Schaffung eines guten Verhältnisses zur russischen Besatzungsmacht wirken sich aber die in der Zone angewandten Polizei- und Strafmethoden aus. Das deutsche Volk hat sich vor der Hitlerzeit weitgehender Rechtsgarantien erfreut. Eine Verhaftung war nur aufgrund eines richterlichen Haftbefehls möglich. Jeder Verhaftete mußte überdies binnen 24 Stunden dem nächsten Richter zur Vernehmung vorgeführt werden, und er hatte während seiner Haft die Möglichkeit des Verkehrs mit der Außenwelt. Nichts hat das deutsche Volk während der Hitlerzeit mehr gehasst als die durch die Nazis eingeführte Rechtlosigkeit, vor allem die Möglichkeit, plötzlich verhaftet zu werden und auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Dass heute durch die russische politische Polizei derartige Verhaftungen ebenfalls erfolgen, dass die Verhafteten ohne Angabe von Gründen abgeholt oder sonst wie ergriffen werden, ohne jede Verbindung mit ihren Angehörigen bleiben und überhaupt gänzlich verschwinden, das beeinflusst am allermeisten die Stimmung der Bevölkerung. Die nachteilige Stimmung ist umso stärker, da die Westmächte bei in ihrem Bereich vorkommenden Verhaftungen und Internierungen einen Verkehr der Festgenommenen mit ihren Angehörigen, ja sogar eine einstweilige Beurlaubung zu diesen, in humaner Weise zulassen. Es wäre für das deutsch-russische Verhältnis ganz besonders vorteilhaft, wenn auf diesem Gebiet der persönlichen Sicherheit eine andere Methode eingeschlagen und wenn vor allem den zur Zeit Internierten, soweit nicht überhaupt ihre Freilassung erfolgen kann, ein Verkehr mit ihrem Angehörigen gestattet würde.

Der wenig erfolgreiche Ausgang der Moskauer Konferenz hat in Deutschland sehr enttäuschend gewirkt. Man erwartete wohl noch keine Beschlüsse in den eigentlichen Friedensfragen, aber wenigstens die Bildung einer deutschen Regierung, die Vereinigung der Zonen, Maßnahmen zur Milderung der deutschen Not und alsbaldige Rückkehr der Kriegsgefangenen. Dass nicht wenigstens dieses Ergebnis zustande gekommen ist, wird, abgesehen von dem schon gewohnten Widerstand Frankreichs gegen jeden Schritt zur Einheit und Konsolidierung, vor allem der sowjetischen negativen Haltung zugeschrieben. Dass nunmehr angesichts der allgemeinen Enttäuschung sofort etwas

unternommen werden muß, ist von angelsächsischer Seite erkannt und auch bereits betont worden. Die Sowjetunion sollte sich aber, wenn sie nicht will, dass ihre guten Absichten gänzlich verkannt werden, die Initiative, auf die es jetzt ankommt, nicht aus der Hand nehmen lassen; sie sollte vielmehr sofort ihrerseits vorgehen.

Die Initiative müßte aber wirklich sofort einsetzen und auch alsbald in der Presse verlautbart werden. Ihre Betätigung müßte in beiden vorher behandelten Richtungen erfolgen, sowohl in der Friedens- wie auch in der Okkupationspolitik. In letzterer hätte sie sich auf die vorher unter Ziffer 1 bis 4 aufgeführten Materien zu erstrecken und die dort genannten Mißstände nach Möglichkeit zu beseitigen oder wenigstens weitgehend zu mildern. In der Friedenspolitik aber werden folgende Maßnahmen als zweckmäßig vorgeschlagen:

1. Eine alsbaldige Veranlassung, dass die mit der Weiterarbeit in der Frage des deutschen Friedens beauftragten Stellvertreter der Außenminister oder wenigstens Vertreter von ihnen nach Berlin kommen und zusammen mit dem Kontrollrat arbeiten.

2. Die alsbaldige Bildung einer deutschen konsultativen Zentralstelle durch den Kontrollrat, die in Verbindung mit diesem und den stellvertretenden Außenministern bzw. ihren Vertretern arbeitet und stufenweise die Rolle einer provisorischen deutschen Regierung übernimmt. Sie könnte aus 7 Mitgliedern, nämlich einem Präsidenten und 6 Referenten für die späteren Regierungsressorts, bestehen und aus den Reihen der vier Parteien, der Gewerkschaften und der Parteilosen gewählt werden.

3. Die Unterbringung der unter 1 und 2 vorgeschlagenen Stellen in Berlin erfolgt nicht durch neue Beschlagnahmen von Wohnräumen, sondern durch entsprechende Verminderung der alliierten Behörden.

4. Die Absperrung der Zonen wird alsbald durch eine weitgehende Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen ihnen aufgelockert, und als erster Punkt der Arbeit des Kontrollrates mit den beiden genannten Stellen wird verkündet und in Angriff genommen, zugleich mit der stufenweisen Übertragung der Regierungsgeschäfte an den deutschen Konsultativrat, die vollständige deutsche politische und wirtschaftliche Einheit herzustellen.

5. Die Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen wird sofort begonnen und in beschleunigtem Tempo betrieben.

6. Die Verminderung der Besatzungskräfte wird bereits jetzt angekündigt und durchgeführt.

7. In der Frage der deutschen Ostgrenze wird eine dem deutschen Bedürfnis mehr entgegenkommende Haltung eingenommen, und es wird durch entsprechende russische Einwirkung auf Polen sowie eine entsprechende Behandlung der Frage in der Presse eine zwischen Deutschland und Polen vermittelnde und sie miteinander versöhnende territoriale Regelung vorbereitet.

In Deutschland gibt es unendlich viele Anhänger einer nach Russland orientierten deutschen Politik, Anhänger nicht nur aus traditionellen Gründen, sondern auch aufgrund der heutigen Lage, die ihnen angesichts des offenbaren Friedenswillens der Sowjetunion eine solche Politik als im deutschen Interesse liegend erscheinen läßt. Leider hat das Verhalten der Sowjetunion, besonders in den vorher behandelten Fragen, die deutsche Bevölkerung in ihrer Masse bisher nicht einer solchen Politik geneigt und daher ihre Betreibung unmöglich gemacht. Die Sowjetregierung wird daher gebeten, ernstlich zu erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, ihre Politik entsprechend zu ändern, angesichts der durch das mangelhafte Ergebnis der Konferenz von Moskau entstandenen Situation sofort die Initiative im Sinne der vorher mit aller Offenheit gemachten Vorschläge zu ergreifen und dadurch ein deutsch-russisches Verhältnis zu schaffen, das wieder wie ehemals im Nutzen der beiden Staaten stünde und das zweifellos auch bereits jetzt für die russische Position in der vor sich gehenden Auseinandersetzung mit dem Westblock von Nutzen sein könnte.

Hierauf erhielt ich aber keine Antwort. Wegen der territorialen Verhältnisse schrieb ich an Molotow noch besonders. Darauf hieß es, ich sollte jetzt ruhig sein, darüber würde später gesprochen werden. Schließlich schrieb ich auch wegen der Internierten. Denn die Russen hatten alle Angehörigen des Auswärtigen Amtes und sonstiger Ministerien sowie die Direktoren der großen Banken und sonstige Prominente gefangen gesetzt. Darauf sagte mir Georgiew, sie hätten ebenfalls deswegen an das

russische Ministerium des Auswärtigen geschrieben, und ihre Vorstellungen seien gut aufgenommen worden. Es sei also zu hoffen, dass sie bald freikämen. Wir warten aber noch heute, 1952, darauf.

Kurz darauf sagte mir Georgiew, es sei im Kontrollrat besprochen worden, dass sie eine deutsche Behörde errichten wollten, und zwar eine Art Konsularamt, das im Auslande Konsuln ernennen sollte, die die Deutschen registrieren sollten. Ich möchte ihm Kandidaten für das Amt benennen. Das tat ich denn auch. Einige Tage später trat Herr Du Mont, der deutsche Geheimrat, an mich im amerikanischen Auftrag mit derselben Sache heran, und wir fuhren nach Wannsee zu den Amerikanern und benannten denen dieselben Kandidaten. Ich kannte einen Amerikaner, einen früheren Angehörigen der amerikanischen Botschaft, Mr. Riedel, und zwar durch Herrn Mejer, den früheren Chef von Continental Telegraphen Büro, der von der Marine den Amerikanern als deutscher Verbindungsoffizier benannt war. Riedel war ein sehr netter Mann, mit dem ich hin und wieder zusammenkam. Er war durchaus deutschfreundlich eingestellt und lud mich auch zu sich nach Hause ein. Wir besprachen alles, und ich konnte ihm gegenüber offen meine Meinung sagen. So besprach ich auch die Sache des Konsularamtes mit ihm, nachdem ich Georgiew gesagt hatte, dass ich auch von den Amerikanern in der Sache angegangen worden sei. Eines Tages, als ich bei Georgiew war, sagte er, ihm sei etwas Unangenehmes passiert, ich hätte über Sachen, die ich mit ihm besprochen hätte, mit den Amerikanern geredet, das wäre durch einen amerikanischen Bericht herausgekommen. Ich fragte, um was für eine Sache es sich denn handle, und da sagte er mir, um die Konsulatssache. Glücklicherweise konnte ich ihm sagen, dass ich ihm mitgeteilt hätte, ich hätte die Sache auch mit den Amerikanern besprochen, und er konnte darauf nichts erwidern, aber es war mir doch sehr unangenehm. Die Konsulatssache aber hörte auf, als die Franzosen merken ließen, dass sie sie nur haben wollten, um festzustellen, wieviel Vermögen die Deutschen im Auslande besäßen.

Im Herbst 1947 fuhr ich zusammen mit meiner Frau nach Westdeutschland. Ich besuchte dort verschiedene Persönlichkeiten und teilte ihnen die russische Stellungnahme mit. Alle nahmen sie entgegen, ohne ihre Richtigkeit zu bestreiten, nur Schumacher wies sie vollkommen von sich, sagte, die Russen und unsere Kommunisten seien hinterlistig, und ließ mich in der Presse als russischen Agenten brandmarken. Hieraus entwickelte sich eine starke Pressekampagne gegen mich, die noch ziemlich lange andauerte.

Kaum aber hatten sich die drei westdeutschen Zonen zu einer Demokratie zusammengeschlossen, da versammelten die Kommunisten in der russischen Zone den Volkskongress. Ich wurde dazu eingeladen, ging aber nicht hin. Ich ging zu Pieck und sagte ihm, dass ich nicht käme, ich arbeitete nur für ganz Deutschland, nicht für einzelne Teile davon. Auch den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten würde ich nicht übernehmen. Ich schlug Semjonow vor, einen deutsch-slawischen Verein zu gründen. Er meinte aber, ich möchte erst mal mit Oberst Tulpanow sprechen. Das tat ich auch. Der Oberst aber sagte, er wolle in jeder Provinz einen „Verein zum Studium der Sowjetkultur“ gründen und in Berlin eine Dachkonstruktion, deren Präsident ich werden sollte. Ich weigerte mich aber, sagte, mit einem solchen Verein werde er nichts ausrichten, so mache man in Deutschland keine Propaganda. Er war aber nicht zu bekehren, und wir trennten uns ohne Ergebnis. Er führte dann sein Vorhaben aus und machte einen Professor Kutschinski zum Vorsitzenden der Dachkonstruktion. Mittlerweile hörte ich auch nichts weiter von Georgiew. Dann sagte man mir, er sei versetzt. Semjonow meinte, ich möchte mit seinem Nachfolger, Botschaftsrat Gribojedow, der aus Bern kam, sprechen. Ich fuhr zu diesem hin, und er sagte mir, er habe von Moskau die Anweisung, mit mir zusammenzuarbeiten. Ich möchte aber in der Öffentlichkeit mehr auftreten, die russische und die deutsche, aber russisch beeinflusste Presse stände zu meiner Verfügung. Darauf sagte ich ihm, das käme gar nicht infrage, ich ließe mir über die Art meiner Arbeit keine Vorschriften machen. Er lenkte sofort ein und sagte, selbstverständlich wollten sie mir als altem Diplomaten keine Vorschriften machen. Ich merkte aber, dass der Wind umgeschlagen hatte, und ging nicht mehr hin.

Inzwischen war auch mein Pachtvertrag in Katharinenhof abgelaufen, und die Eigentümerin wollte das Grundstück selbst ausbeuten. Mein Vertrag mit dem Gärtner hatte schon vorher sein Ende erreicht, da er gestorben war. Da ich außerdem sah, dass mit den Russen für Deutschland nichts zu erreichen war, so beschloß ich, nach Berlin zu ziehen. Ich mietete eine Wohnung auf dem Hohenzollerndamm in der britischen Zone und zog dahin um. Es gelang mir auch, meine Möbel dahin zu überführen. Und zwar mußte ich dazu die Genehmigung des russischen Kreiskommandanten haben. Ich fuhr also nach Neuruppin und ließ mich erst beim deutschen Landrat melden. Der war neu, und zwar ein Kommunist. Aber er war sehr freundlich und bedauerte sehr, dass ich umzog. Er telefonierte auch zum russischen Kreiskommandanten meinetwegen. Ich ging dann dorthin und wurde erst vom GPU-Offizier, Herrn Judenitsch, empfangen. Diesem trug ich mein Ansinnen vor, nach Berlin zu ziehen. Er fragte: „Sie ziehen natürlich nach dem russischen Sektor?“ „Nein“, sagte ich, „nach dem britischen.“ Er machte

erst ein dummes Gesicht, dann plötzlich erhellte sich seine Miene. „Ah, ich verstehe“, sagte er, „gut, gehen wir zum Kommandanten.“ Wir gingen also zu diesem, und der fragte ebenfalls: „Sie ziehen natürlich nach dem russischen Sektor?“ „Nein, Herr Kommandant“, sagte Judenitsch, „nach dem britischen.“ „Ach so, ich verstehe“, sagte der Kommandant und setzte mir seinen Stempel auf mein noch reichhaltiges Verzeichnis. Es sollte noch für drei Möbelwagen reichen, aber vieles war schon verkauft. Denn die Russen hatten alle Bankkonten gesperrt, und die Pension war auch fortgefallen. So mußte, damit wir leben konnten, allerhand verkauft werden, der Flügel, ein Pelz, ein Teppich u.s.w. Die Russen boten mir zwar allerhand zum Leben an, aber ich nahm nichts an, ich wollte nicht anders behandelt werden als die anderen Deutschen, sonst hätte man mich mit Recht als russischen Agenten bezeichnen können.

So zog ich nach Berlin. Dort arbeitete ich im Institut für Völkerrecht. Mit den Russen hatte ich den Verkehr abgebrochen.

Eines Tages war ich bei Sauerbruch in der Klinik, und er erzählte mir von einer Rita, der Tochter eines russischen Generals, die ein kürzeres Bein hatte. Er hatte das operiert, aber sie war tuberkulös, und die Heilung ging infolgedessen sehr langsam vor sich. Darauf sagte ich, ich hätte auch so eine Rita mit einem kürzeren Bein, und erzählte ihm die Leidensgeschichte meiner Sekretärin Ellen Reuter, geb. Cleinow. Er meinte darauf, ich solle sie doch einmal zu ihm bringen. Sie bat ihn darauf, die Operation vorzunehmen. So operierte er sie und legte sie in einen Streckverband. Darin lag sie einige Monate, und sie wurde wieder voll arbeitsfähig.

Wir waren inzwischen nach Berlin umgezogen. Da erschien eines Tages ein Herr bei mir aus Westdeutschland. In der Unterhaltung meinte er, es sei doch bedenklich, die russische Zone wieder mit Westdeutschland zusammenzuflechten, sie sei doch sehr bolschewisiert. „Was“, sagte ich, „bolschewisiert? Das sind doch alles nur Verwaltungsmaßnahmen, die binnen vier Wochen wieder zu beseitigen sind. Hier in der russischen Zone sind außer den sowjetischen Funktionären keine Bolschewiken vorhanden. Die Einwohner haben gesehen, was Bolschewismus bedeutet, und haben einen Schauer davor. Nein, die Vereinigung der russischen Zone mit Westdeutschland würde für letzteres nicht ein Gift, sondern eine Medizin bedeuten. Bei Ihnen drüben, da haben Sie noch Bolschewiken, denn die kennen den Bolschewismus noch nicht.“ Kurz, ich sah, dass man drüben in Westdeutschland für die Wiedervereinigung Deutschlands arbeiten müsse. Außerdem bekam ich in Berlin keine Pension, aber in Westdeutschland schien es so, als ob dort auch Reichsbeamte Pension erhalten würden. Das hatten mir schon Ministerpräsident Arnold und Landesminister Lübke in Düsseldorf gesagt. Sie hatten gemeint, ich würde gleich 300 DM bekommen.

Das war schon eine wesentliche Hilfe. Denn inzwischen war die Währungsreform erfolgt, die Leute hatten kein Geld mehr und konnten nichts kaufen. So hatte es mit dem Verkauf der Sachen, von dem ich drei Jahre gelebt hatte, ein Ende, und ich konnte nur noch meine Bibliothek verkaufen. Die Hälfte davon gab ich ab, aber die Bibliotheken waren auch knapp mit Mitteln und konnten nur wenig zahlen. Einige Briefmarken wurden noch verkauft, aber da mußte man Sachverständiger sein und die richtigen Sammler kennen, die dafür Geld ausgaben.

Schließlich, und das war auch ein wesentlicher Grund, waren alle unsere drei Kinder im Westen. Wir konnten zwar dort keine Wohnung bekommen, aber wir konnten einstweilen zu unserer ältesten Tochter nach Rheinberg ziehen, wo die Engländer eben das Haus räumten und die Kinder das ganze Haus bekamen. Unsere zweite Tochter war mit ihrer Familie in Schloß Krebsburg bei Osnabrück untergekommen, und unser Sohn war in Chieming bei seinen Schwiegereltern. So zogen wir nach Westen, und zwar zuerst nach Rheinberg. Dort suchten wir nach einer anderen Wohnung und fanden auch eine solche in Rhöndorf, die allerdings erst in Ordnung gebracht werden mußte, denn sie war schauerhaft. Glücklicherweise konnte ich mir Geld leihen und die Wohnung in Ordnung bringen, so dass wir sie beziehen konnten. Es gelang uns auch, unsere Möbel dorthin zu bringen. Wir ermittelten in Berlin eine Speditionsfirma, die gerade für eine westdeutsche Firma einen Umzug machen sollte und bereits alle russischen Stempel dafür erlöst hatte. Der Umzug unterblieb jedoch, und so konnten unsere Möbel eingeschoben werden. Ich bezahlte die Stempel, die 800 DM kosteten, und es gelang auf diese Weise, fast alle unsere Möbel hinüberzubringen, ohne dass sie als unsere in Erscheinung traten. Wir selbst brauchten zwar nur Möbel für drei Zimmer, aber beide Töchter hatten ihre Aussteuer Möbel verloren und konnten auf diese Weise neu ausgesteuert werden.

In Westdeutschland ging ich nun sofort an die Wiedervereinigung Deutschlands. Zu diesem Zweck wandte ich mich an den Herrn Reichsminister a.D. Hermes. Der hatte mich schon in Berlin erst für die CDU und dann für einen Arbeitskreis gewinnen wollen, aber ich hatte mich geweigert. Nun war er über

die Agrarreform mit Marschall Schukow in Konflikt geraten. Er war aus seiner dortigen Stellung ausgeschieden und hatte in Westdeutschland den Deutschen Bauernbund gegründet. Nun bat ich ihn, in einem deutschen Einheitsbund die Führung zu übernehmen. Ich würde alle Geschäfte erledigen, er solle nur in den Mitgliederversammlungen die Führung haben und auch die Begründung in die Hand nehmen, da ich in Westdeutschland wenig Prominenz kennen würde. Nach anfänglichem Widerstand gab er nach und erklärte sich dazu bereit. Leider hatte er sehr wenig Zeit, da sein Bauernverband sich über die ganze Welt erstreckte, er außerdem einen Raiffeisenverband wiedergegründet hatte und außerdem noch Vorsitzender des Aufsichtsrates einer Bank in Wiesbaden war. Endlich kamen wir bei ihm in Bad Godesberg zusammen. Ich setzte dort meine Pläne auseinander, alle waren sehr vorsichtig in ihren Äußerungen. Da sprach Herr Blücher, der frühere Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, sehr energisch dafür, und sofort stammten ihm alle Herren bei. Ich legte dar, dass wir sofort einen deutschen Einheitsbund gründen sollten. Aber da sprach Herr Blücher dagegen. Wir sollten das doch erst noch überlegen und dann wieder zusammenkommen. Das wurde denn auch beschlossen.

Bei Beginn hatte Herr Hermes die Versammlung als vertraulich bezeichnet und alle Mitglieder zur Vertraulichkeit ermahnt. Das war ein Fehler. Denn wenn es auch Sonntag war, so standen doch ungefähr 10 Autos vor der Tür, und so konnte die Presse ahnen, dass dort etwas los war. Es wurde auch gleich hinterher bei Hermes angerufen, man möchte doch Auskunft haben, was das Thema der Versammlung gewesen sei, und am nächsten Tage stand in allen Blättern von der Godesberger Zusammenkunft. Besonders ich wurde dabei an erster Stelle vorgenommen, und zwar als russischer Agent.

So blieb Hermes und mir nichts anderes übrig, als öffentlich dazu Stellung zu nehmen. Wir taten das, indem wir an 12 hervorragende Journalisten Einladungen nach Frankfurt a. M. ergehen ließen. Es kamen darauf aber über hundert und wollten unsere Erklärungen hören. Herr Hermes hielt eine längere Rede und klärte die Herren über den Zweck der Versammlung auf. Hierauf griffen sie mich an, ich wäre doch wohl der Spiritus rector, und was ich dazu zu sagen hätte. Ich erklärte kurz, ja, ich hätte die Sache angestiftet, und zwar deshalb, weil mir Herren aus Deutschland in Berlin gesagt hätten, die Ostzone sei zu bolschewisiert, um Westdeutschland ausgeliefert zu werden. Weil aber ein Diplomat kein Volkstribun sei und ich auch in Westdeutschland nur wenig Bekannte hätte, darum hätte ich mich an Hermes gewandt. Aber ich sei tatsächlich der Anstifter, und zwar wolle ich die Wiedervereinigung auf friedliche Weise herbeiführen. Denn ein Diplomat sei der Vorkämpfer für den Frieden, er vertrete die Losung pro patria et pace. Damit war die Sache zunächst erledigt. Die Presse aber gab keine Ruhe, sondern behandelte seitdem dauernd den „Godesberger Kreis“, wobei ein Teil von ihr mich als russischen Spitzel hinstellte.

Mittlerweile kamen wir erneut zusammen und setzten ein Programm fest. Als Bezeichnung wurde „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“ gewählt. Ferner wurde eine Satzung beschlossen und eine Gründungsversammlung in Bad Homburg angesetzt. Die fand auch statt, und es wurde dort die Satzung angenommen, ein Vorstand von 16 Herren und Herr Blauel zum Generalsekretär gewählt. Herr Hermes war erster Vorsitzender und ich zweiter und sein Stellvertreter. Wir mieteten auch ein Büro in Rhöndorf. Frau Ellen Reuter wurde bei der „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“ Sekretärin. Es wurde auch beschlossen, ein Organ der Gesellschaft, die „Deutsche Politik“, zu gründen, und Herr Roos, der Handelsredakteur vom „Tag“ in Berlin, gab sie heraus. Sie erfreute sich großer Beliebtheit, da sie einen guten Artikel und viele interessante Nachrichten aus dem Osten enthielt.

So mehrten sich die Mitglieder, und der Gedanke der Wiedervereinigung nahm immer mehr zu. Sehr unangenehm machte sich freilich bemerkbar, dass Herr Hermes so wenig Zeit für die Gesellschaft hatte. Die Versammlungen wurden dauernd verschoben, und das hinderte sehr die Arbeit. Aber ich schrieb Artikel und empfing auch viele Leute in meiner Wohnung. Im Frühjahr 1950 sollte eine Versammlung stattfinden, aber sie mußte verschoben werden, weil Herr Hermes nach Kanada fuhr. Wir verabredeten, dass als Grund für die Verschiebung die Zusammenkunft der Alliierten in Paris angegeben wurde, und das wurde gebilligt. Nun hatte die Gesellschaft noch immer kein richtiges Arbeitsprogramm, und es wurden fortwährend Stimmen laut, dass doch ein solches aufgestellt werden möchte. Ich stellte also folgendes Programm zusammen, das auf der nächsten Vorstandssitzung besprochen werden sollte, und schickte es allen Vorstandsmitgliedern in Abwesenheit von Hermes zur Prüfung und späteren Diskussion zu:

„1. Es ist die nationale und moralische Pflicht und der unbeugsame Wille aller Deutschen, an der Einheit des Deutschen Reichs in seinen von den alliierten Siegermächten nach dem Zusammenbruch

von 1945 anerkannten Grenzen vom 31. Dezember 1937 festzuhalten, die seit dem Zusammenbruch erfolgten Spaltungen Deutschlands und Abtrennungen deutschen Gebiets wieder rückgängig zu machen und das Reich sowohl territorial wie auch völkisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell wieder zu einigen.

2. Die Gesellschaft hat es sich in Anbetracht dessen, dass der Frieden nach der Atlantik-Charta geschlossen werden muß, zur Aufgabe gesetzt, diesen Willen vor der Welt und insbesondere gegenüber den Alliierten geltend zu machen und alles in ihren Kräften stehende zur Verwirklichung seiner Ziele beizutragen.

3. Territorial wird sie den Standpunkt vertreten, dass sowohl die Spaltung in ein Westdeutschland und ein Ostdeutschland wie auch die Abtrennung der deutschen Ostgebiete bis zur Oder-Neiße-Linie, des Saargebietes und der von Holland, Belgien und Luxemburg im Westen annektierten Gebiete während der Okkupationszeit rechtswidrig erfolgt sind und rückgängig gemacht werden müssen, dass Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 nach wie vor ein einheitliches Staatsgefüge mit der Hauptstadt Berlin ist und dass Änderungen nur mit deutschem Einverständnis erfolgen können. Dabei hat für den Friedensvertrag der Standpunkt zu gelten, dass auf der Westseite eine Änderung der Grenze nicht notwendig ist, hingegen auf der Ostseite eine neue Grenze gegenüber Polen gebildet werden muß, die den Ostpreußen abtrennenden Korridor beseitigt, aber Polen einen Ausgang zur See bietet.

4. In völkischer Hinsicht wird geltend gemacht werden, dass die Austreibung der Reichsdeutschen aus den Ostprovinzen und der Volksdeutschen aus dem Sudetengebiet und Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Westdeutschland sowohl dem Völkerrecht widerspricht wie auch unter jeder Missachtung der Menschlichkeit erfolgt ist. Die aus den Ostprovinzen vertriebenen Reichsdeutschen haben wieder in ihre alte Heimat, soweit diese territorial wieder zu Deutschland gehören wird, zurückzukehren. Die Volksdeutschen aus Polen, der Tschechoslowakei - mit Ausnahme der Sudetendeutschen - und Ungarn werden unter Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ins Reich aufgenommen, die Sudetendeutschen haben ebenfalls in ihre Heimat zurückzukehren, es sei denn, dass ihnen von der Tschechoslowakei ein entsprechendes Territorium als deutsches Reichsgebiet zur Verfügung gestellt wird. Die Kosten des Unterhalts bis zum Friedensvertrag und der Rück siedelung haben die Alliierten zu tragen, Verbrecher wider die Menschlichkeit, die sich bei der Vertreibung betätigt haben, sind zu strafen.

5. Wirtschaftlich hat Deutschland wieder ein einheitliches Gebiet zu bilden, und zwar ein Gebiet mit einer freien Wirtschaft, beruhend auf privater Initiative mit staatlicher Lenkung. Falls sich ein westeuropäisches Wirtschaftsgebiet bildet, tritt Deutschland ihm gleichberechtigt bei, jedoch mit der Maßgabe, dass es in seinem Handelsaustausch mit Osteuropa nicht beschränkt wird.

6. Verfassungsmäßig, sozial und kulturell erhält Deutschland völlige Selbstbestimmung mit der Maßgabe, dass es sich verpflichtet und Garantien dafür übernimmt, dass es nicht wieder nazistisch oder sonst wie diktatorisch regiert wird.

7. Bis zur Vereinheitlichung wird dafür zu sorgen sein, dass dem Charakter Berlins als Hauptstadt möglichst Rechnung getragen und es wirtschaftlich gestützt wird.

8. Die Erreichung der vorstehend genannten Ziele wird die Gesellschaft mit folgenden Mitteln betreiben:

A) Durch die Presse. Dabei ist an die Versorgung deutscher und ausländischer Zeitungen und Zeitschriften mit zweckentsprechenden Artikeln und Nachrichten, aber eventuell auch an die Begründung eines eigenen Organs für die Veröffentlichungen gedacht.

B) Durch entsprechende Vorträge und Diskussionen.

C) Durch Massenkundgebungen für ein bestimmtes programmatisches Ziel.

D) Durch Informationen für bestimmte maßgebende Persönlichkeiten. Hierfür wird ein besonderer Informationsdienst eingerichtet, der zugleich als Einnahmequelle dienen soll.

E) Durch Fühlungnahme mit beteiligten Persönlichkeiten und Stellen und Schaffung von Verbindungen zwischen solchen.

9. Für die Bearbeitung der einzelnen Materien werden Arbeitskreise gebildet, wie z.B.

ein politischer Ausschuss  
ein Flüchtlingsausschuss  
ein Jugendausschuss  
ein Wirtschaftsausschuss  
ein Sozialausschuss  
ein Kulturausschuss u.s.w.

10. Die Finanzierung der Gesellschaft und ihrer Arbeit erfolgt, abgesehen vom Informationsdienst, durch Beiträge der Mitglieder und Zuwendungen von Firmen und Einzelpersonen. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass keine Abhängigkeit der Gesellschaft von einem Geldgeber entsteht, vielmehr ihre vollständige Unabhängigkeit und Zweckdienlichkeit gewahrt wird.“

Gegen dieses Arbeitsprogramm empörten sich mehrere Vorstandsmitglieder. Es sei viel zu weitgehend. Hermes kam zurück und rief mich deswegen an, und ich mußte das Programm zurückziehen. Mittlerweile wurde ich auch immer wieder hier und da von der Presse als russischer Agent hingestellt. Ich schrieb darauf Berichte an die betreffenden Zeitungen, und sie berichtigten die Meldungen oder nahmen von meiner Berichtigung Kenntnis und schrieben Entschuldigungsbriefe. Nur der Berliner „Tagesspiegel“ war nicht zu bekehren. Eines Tages erschien im „Spiegel“ ein Artikel, in dem ich als Berater der Sowjetvertretung und als Gutachter für ihre jüngeren deutschen Diplomaten hingestellt wurde. Ich schrieb an den „Spiegel“ und drohte ihm Klage wegen verleumderischer Beleidigung an. Er bestand jedoch auf seiner Behauptung, und so beauftragte ich einen Kölner Anwalt mit der Klage. Der beantragte eine einstweilige Verfügung, um die Sache schnell aus der Welt zu schaffen. Eine solche erging auch, aber korrekterweise nur gegen weitere Beleidigungen, nicht auf Widerruf der bereits erfolgten. Glücklicherweise erhob der „Spiegel“ Einspruch gegen die Verfügung, und so nahm der Prozess seinen Gang. Eines Tages erhielt ich Besuch aus Hannover, von der Redaktion des „Spiegel“. Der Vertreter bat mich um einen Aufschub des Termins, weil die Herren, die als Zeugen für seine Behauptung, ich hätte an den Außenminister der Ostzone, Herrn Dertinger, geschrieben und mich ihm als Begutachter angeboten, nach dem Westen kämen und dies erst in einigen Wochen der Fall war. Ich erklärte mich selbstverständlich einverstanden, da ich ja nur wollte, dass die Wahrheit endlich ans Licht käme. Darauf schlug er mir vor, einen Vergleich zu schließen. Ich willigte ein unter der Bedingung, dass der „Spiegel“ einen Artikel über die Gesellschaft brächte, in dem ein Widerruf seiner Behauptung über mich enthalten sein müßte, und die Kosten des Verfahrens übernehme. Dies nahm der Vertreter unter der Bedingung an, dass ich nicht die Presse informierte. Hiermit war ich einverstanden, und er brachte einen netten Artikel, „Die Lieb zum Vaterland“, worin auch ein Widerruf enthalten war. Darauf hörten die Verdächtigungen auf, denn der „Spiegel“ war in 120.000 Exemplaren im Umlauf.

Sehr unerfreulich war die Knappheit der für die Gesellschaft zur Verfügung stehenden Geldmittel. Denn es waren davon ein Generalsekretär, zwei Sekretärinnen, außerdem die Miete und die Bürokosten in Rhöndorf und in Berlin die Kosten für die Redaktion der „Deutschen Politik“ zu bezahlen. Der monatliche Beitrag der Mitglieder aber betrug nur 1 DM, und es waren nur 150 Mitglieder. Ich wandte mich daher an alle die Firmen, die ich während meiner Botschafterzeit im Ausland unterstützt hatte, und bat sie um eine Spende. Aber ich erhielt von allen außer von Otto Wolff in Köln eine Absage. Augenscheinlich hatte die Propaganda gegen mich als Spitzel der Russen doch gewirkt.

Im März 1951 hatten wir in Bad Godesberg bei Herrn Hermes eine Vorstandssitzung. Ich war schon etwa eine halbe Stunde früher da, und Herr Hermes sagte mir, er könne nicht länger Erster Vorsitzender bleiben, es sei zuviel für ihn. Darauf erwiderte ich ihm, er brauche ja nur die Vorstandssitzungen und die Mitgliederversammlungen zu leiten, alles Übrige besorgte ja ich. Damit war er einverstanden, zumal ich mich mit der Verlegung des Betriebes nach Bonn einverstanden erklärt hatte, obwohl ich mir davon keine Änderung erhoffte, denn alle, die mit mir zu reden hatten, kamen zu mir. Er fing die Sitzung trotzdem damit an, dass er erklärte, er könne die Leitung der Gesellschaft nicht länger ausüben, da er überlastet sei, und ich gab darauf dieselbe Erwiderung ab. Er bestand aber darauf, dass ein Bevollmächtigter für ihn ernannt werde, und bestellte dazu, indem er auch eine Verjüngung der Gesellschaft empfahl, den Herrn Binder, einen Wirtschaftsprüfer und ehemaligen württembergischen Staatssekretär. Herr Roos redete mir außerdem zu, mich zurückzuziehen, da die Angriffe gegen mich sich wiederholen würden. Aber ich protestierte gegen die Bestellung Binders, da ich mich nicht so ohne weiteres aus meiner Stellung verdrängen lasse. Trotzdem wurde Herr Binder als Bevollmächtigter des Herrn Hermes gewählt.

Am nächsten Tage ließ er Frau Reuter sagen, sie hätte sich am nächsten Ersten bei ihm in Bonn zu melden, er sei fortan ihr Vorgesetzter. Sie berichtete mir das, und ich wandte mich an Herrn Hermes und beschwerte mich darüber. Dieser sagte mir zu, er würde mit Herrn Binder sprechen, der sollte zu mir kommen und sich entschuldigen. Er erschien aber nicht, sondern es kam ein Brief von ihm, dass er keine Zeit hätte, und dazu als Anlage ein Brief von ihm an Herrn Hermes, worin er sagte, dass sie nun zunächst die Gestaltung der Deutschen Republik nach ihrer Wiedervereinigung bearbeiten würden. Das war aber gegen die Satzung, die besagte, dass die Gesellschaft nach der Wiedervereinigung sich aufzulösen hätte, wenn nicht die Mitgliederversammlung etwas anderes bestimmte. Darauf trat ich aus der Gesellschaft aus. Es erschien in der „Deutschen Politik“ am Schluß eine Bemerkung, ich sei ausgetreten, und an meiner Stelle sei Herr Binder vom Vorstand als geschäftsführendes Mitglied bestellt worden. Diese Notiz stellte die Dinge auf den Kopf, und ich machte keinen Hehl daraus. Auch verließen alle Mitglieder meiner Familie die Gesellschaft, und einige Freunde folgten ihnen.

Herr Binder übernahm nun die Leitung der Gesellschaft. Er gab zunächst selbst Geld dafür, auch Herr Reuter, der Leiter des „Volkswirts“ in Frankfurt a. M., besorgte etwas. Darauf fuhr Herr Binder nach Berlin, um dort eine Zweigniederlassung zu gründen, was bereits von Herrn Hermes und mir verabredet worden war. Dort sagte er, dass wir uns auf die Wiedererlangung der Ostprovinzen wohl keine Hoffnung mehr machen könnten. Das wirkte natürlich lähmend auf die Stimmung der vereinigten Mitglieder, und man ging auseinander, ohne eine Zweigniederlassung zu gründen. Hierauf trat Herr Binder aus der Gesellschaft aus.

Eine neue Mitgliederversammlung war nicht einberufen worden, sie wurde bis zum 3. Februar 1952 verschoben. Inzwischen aber hatte Herr Hermes allen Bonner Angestellten der Gesellschaft zum 1. Januar 1952 gekündigt. Frau Reuter ging ins Auswärtige Amt, Frau Wrobel sollte in den Bauernverband eintreten, und Herr Blauel wollte in die Industrie gehen. Für die Mitglieder wurde eine Tagesordnung aufgestellt, in der Herr Hermes den Antrag stellte, die Gesellschaft aufzulösen und in einen Arbeitskreis umzugestalten. Dagegen opponierten aber die Berliner Herren und wollten den Sitz der Gesellschaft nach Berlin verlegen. Herr Hermes nahm infolge eines Autounfalls nicht an der Mitgliederversammlung teil, vielmehr wurde sie von Herrn Lübke, dem früheren nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister, geleitet. Es wurde dabei beschlossen, die Gesellschaft noch nicht aufzulösen, sondern drei Monate zu warten und zu überlegen, was geschehen sollte. Ferner wurde nach dem Grund meines Austrittes gefragt, und Generalsekretär Blauel gab einen Bericht darüber. Darauf wurde der Antrag gestellt, mich wieder heranzuziehen, und Minister Lübke sagte, er wolle dieserhalb an mich herantreten. Am nächsten Tage trat Herr Hermes von der Leitung der Gesellschaft zurück.